

Leo Panitch/Sam Gindin
Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium

Leo Panitch ist Professor für Politikwissenschaft an der York University in Toronto und (zusammen mit Colin Leys) Herausgeber des Jahrbuchs der unabhängigen internationalen Linken, *Socialist Register*.

Sam Gindin ist Inhaber des Packer Visiting Chair in Social Justice an der York University in Toronto.

Übersetzung aus dem Amerikanischen von Ingar Solty, Marburg.

Leo Panitch/Sam Gindin
Globaler Kapitalismus
und amerikanisches Imperium

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.yorku.ca/org/socreg

Originaltitel: Global Capitalism and American Empire.

Erschienen in: Leo Panitch/Colin Leys (Hrsg.):

The New Imperial Challenge, Socialist Register 2004,

sowie als Buchpublikation.

© The Merlin Press 2003

© für die deutsche Ausgabe: VSA-Verlag 2004, St. Georgs Kirchhof 6,

20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 3-89965-064-6

Inhalt

Den Imperialismus neu denken	17
Die Amerikanische Republik: »Extensives Imperium und Selbstverwaltung«	31
Die amerikanische Rekonstruktion einer kapitalistischen Weltordnung	42
Die Reorganisation des amerikanischen Imperiums im neoliberalen Zeitalter	56
Jenseits der zwischenimperialistischen Konkurrenz	70
Unverhülltes Imperium: »das ehrfurchtgebietende Etwas, zu dem Amerika sich entwickelt«	80

»Der amerikanische Imperialismus (...) ist zum Teil dadurch glaubwürdig und anziehend gemacht worden, dass er darauf bestand, nicht imperialistisch zu sein.«

Harold Innis, 1948¹

Die Existenz eines amerikanischen Imperiums ist nicht mehr zu übersehen. Im März 1999 zeigte das Cover des *New York Times Magazine* eine gigantische, mit den *Stars and Stripes* geschmückte, geballte Faust, unter der zu lesen war: »Was die Welt heute braucht: Damit die Globalisierung funktioniert, darf Amerika keine Angst davor haben, sich wie die allmächtige Supermacht zu verhalten, die sie ist.« In diesem Sinne wurde Thomas Friedmans »Manifest für eine schnelllebige Welt« publiziert, das die Vereinigten Staaten dazu aufrief, ihre Rolle als Vollstrecker der globalen kapitalistischen Ordnung anzunehmen: »Die unsichtbare Hand des Marktes wird niemals ohne eine unsichtbare Faust funktionieren können (...). Die unsichtbare Faust, die die Welt für die Technologien aus dem Silicon Valley sicher macht, hat die Namen: *United States Army*, *Air Force*, *Navy* und *Marine Corps*.«

Vier Jahre später, im Januar 2003, als es keinen Sinn mehr machte, so zu tun, als sei die Faust noch verborgen, veröffentlichte das *Magazine* einen Aufsatz von Michael Ignatieff mit dem Titel

¹ Zitiert nach einem an der *University of Nottingham* im Rahmen der *Twenty-First Cust Foundation Lecture* gehaltenen Vortrag mit dem Titel »Great Britain, The United States and Canada«, abgedruckt in: Harold Innis (1956): *Essays in Canadian Economic History*. Toronto: University of Toronto Press, S. 407.

»The Burden«: »Welches andere Wort außer »Imperium«² könnte das ehrfurchtgebietende Etwas (*awesome thing*),³ zu dem Amerika sich entwickelt, beschreiben? (...) Eine Imperialmacht zu sein (...) heißt, die der Welt zugrunde liegende Ordnung durchzuset-

² *Anm. d. Übers.*: Um das Missverständnis zu vermeiden, bei Panitchs und Gindins Begriff des »American Empire« könne es sich um einen dem »Empire«-Begriff von Michael Hardt und Antonio Negri verwandten Begriff handeln (vgl. hierzu: Leo Panitch/Sam Gindin [2002]: *Schätze und Schund. Eine Rezension zu Empire von Michael Hardt und Antonio Negri*. Offenbach: Ränkeschmiede), habe ich mich dafür entschieden, diesen Begriff in der Folge mit »das amerikanische Imperium« zu übersetzen (nur in Ausnahmefällen habe ich diesen Begriff im Original belassen; vgl. dazu meine Übersetzung von: Leo Panitch [2003]: Der 11. September und seine Nachwirkungen aus der Klassenperspektive. In: Joachim Bischoff/Paul Boccarda u.a. [2003]: *Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus*. Hamburg: VSA). Auch ging es mir darum, die semantische Nähe von »Imperium« und »imperial« im Deutschen in ihren terminologischen Abgrenzungen von den klassischen Begriffen »Imperialismus« und »imperialistisch« beizubehalten, die im Sinne der leninistischen instrumentalistischen Staatstheorie vom Staat als dem Werkzeug in den Händen der (monopol)kapitalistischen Klasse vielfach Konnotationen eines direkten Übertragungsverhältnisses von ökonomischen Interessen auf die politische Ebene und eine immanent-gesetzmäßige Krisenhaftigkeit besitzen. Zudem sei auf das Problem hingewiesen, dass die Beibehaltung eines Begriffes wie »Empire« im Original – vergleichbar mit dem Gebrauch des Begriffes »German Reich« anstelle von »German Empire« – die Gefahr einer Exterritorialisierung von eigenen Widersprüchen impliziert. Die Übertragung des »American informal empire« als »amerikanisches informelles Imperium« ist mit Leo Panitch abgesprochen worden.

³ *Anm. d. Übers.*: Bei dem in einer zeitgenössischen Quelle verwendeten Begriff »awesome« ergeben sich für den deutschen Übersetzer Übertragungsschwierigkeiten, da dem ursprünglichen Sinn des Wortes – »ehrfurchtgebietend« oder auch »furchteinflößend« – im amerikanischen Englisch (vor allem bei jüngeren Menschen) mittlerweile ein inflationärer umgangssprachlicher Gebrauch des Wortes beigetreten ist. Dieser lässt sich vielleicht sinngemäß mit dem deutschen »geil« im Sinne von »großartig« vergleichen. Die flapsige Verwendung des Wortes »thing« anstelle von »power«, »might« oder etwa »force« lässt auf gewisse diesbezügliche Konnotationen schließen. In Absprache mit Leo Panitch habe ich mich nichtsdestotrotz entschlossen, den Begriff nicht als Originalausdruck zu belassen, sondern mit das »ehrfurchtgebietende Etwas« zu übersetzen.

zen und dies im amerikanischen Interesse zu tun.«⁴ Die Worte »Das amerikanische Imperium (gewöhnt euch dran)« füllten das Cover des *Magazine* vollständig aus.

Die geopolitischen Strategen des amerikanischen Staates hatten sich dieser Aufgabe selbstverständlich bereits gewidmet. Unter denjenigen Geostrategen, die im Staatsapparat der Demokratischen Partei am nächsten stehen, nahm Zbigniew Brzezinski in seinem 1997 erschienenen Buch »The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives« kein Blatt vor den Mund, als er erklärte, dass »die drei großen Imperative imperialer Geostrategie [darin bestehen], Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten gefügig zu halten, zu schützen und dafür zu sorgen, daß die ›Barbaren‹-völker sich nicht zusammenschließen«. ⁵ Im selben Jahr gründeten die Vordenker der Republikanischen Partei, die letztendlich auch für die Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration im Weißen Haus verantwortlich zeichnen sollten, das *Project for a New American Century*. Dessen Ziel war es, die imperiale Machtausübung (*imperial statecraft*) zum ausdrücklichen Leitprinzip der amerikanischen (Außen-)Politik zu machen.⁶

⁴ Das Friedman-Manifest erschien am 28. März 1998 im *New York Times Magazine*, der Ignatieff-Aufsatz am 5. Januar 2003. Ignatieff fügt hinzu: »Es bedeutet, die von Amerika erwünschten Gesetze festzulegen (das gilt für alle Bereiche zwischen Märkten und Massenvernichtungswaffen), während man sich anderen Gesetzen entzieht (dem Kyoto-Protokoll zur Klimaveränderung und dem Internationalen Strafgerichtshof), die den eigenen Interessen entgegenstehen.«

⁵ Zbigniew Brzezinski (1997): *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. New York: Basic Books, S. 40; deutsch: Zbigniew Brzezinski (1999): *Amerika – die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Frankfurt: Fischer, S. 65f.

⁶ Vgl.: »*Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century*«, ein Bericht für das *Project for a New American Century*, <http://www.newamericancentury.org/publicationsreports.htm>. Vgl. ebenfalls: *The National Security Strategy of the United States* (2002): Falls Village, Connecticut: Winterhouse

Die meisten ernst zu nehmenden Analysen, die sich anschickten, den Gebrauch des Imperiumbegriffs im Zusammenhang mit den heutigen USA zu rechtfertigen, bestehen im Grunde genommen lediglich aus einer – impliziten oder expliziten – Analogie zum imperialen Rom. Oberflächlich betrachtet erscheint dies keineswegs absurd, da – wie es in einem neueren Buch über das Römische Reich heißt – »Romanisierung« in der Tat »als die Assimilierung der unterworfenen Nationen durch die römische Kultur und ihre politische Weltsicht [verstanden werden könnte]. Die Eroberten wurden zu Partnern bei der Führung des Imperiums. Dabei handelte es sich um einen selektiven Prozess, der nur die Oberschicht der unterworfenen Gesellschaften unmittelbar betraf. Allerdings rieselte dieser auch auf alle anderen Klassen hinab: mit Vorteilen für die einen und negativen Konsequenzen für die anderen (...). Die römische Herrschaft basierte auf einer gebieterischen Kombination aus Gewalt und psychologischer Überzeugungskunst, denn die härteste Bestrafung für diejenigen, die die römische Herrschaft herausforderten, war die Einsicht, dass ihre Macht keine Grenzen kannte und dass die Belohnungen an diejenigen verteilt wurden, die sich konform verhielten.«⁷

Allerdings ist eine Analogie noch keine Theorie. Auffällig ist die Vernachlässigung einer ernsthaften Politischen Ökonomie oder eines Schemas historischer Determination, die das Auftauchen und die Reproduktion des heutigen amerikanischen Imperiums und die dazugehörigen Dimensionen struktureller Herrschaft und Ausbeutung erklären könnten. Diese Vernachlässigung weckt auf schmerzliche Weise die Erinnerung an die Frage, warum es der Marxismus war, der die längste Zeit im 20. Jahrhundert die Führung in der theoretischen Analyse des Imperialismus innehatte. Dieser Tatsache zum Trotz war das Thema, wie einer der führenden indischen Marxisten – Prabhat Patnaik – in

⁷ Antonio Santosuosso (2001): *Storming the Heavens. Soldiers, Emperor, and Civilians in the Roman Empire*. Boulder: Westview, S. 151f.

seinem Aufsatz »Whatever Happened to Imperialism« bemerkte, bis 1990 sogar »von den Seiten marxistischer Zeitschriften so gut wie verschwunden«, und selbst Marxistinnen und Marxisten schauten bei Nennung dieses Begriffs verdutzt aus der Wäsche. Die Kosten, die die Linke für diese Nachlässigkeit zu tragen hatte, waren immens. Dem Imperialismusbegriff kam – sowohl aufgrund seiner Emotionsgeladenheit und seiner mobilisierenden Wirkungen als auch aufgrund seiner analytischen Qualität – seit jeher eine besondere Bedeutung zu. In der Tat ist Patnaiks Sichtweise zufolge das Schweigen der Linken zum Imperialismus weniger »ein theoretisch bewusstes Verstummen«; vielmehr »[rief] gerade die Tatsache, dass der Imperialismus die potentiellen Herausforderungen seiner Hegemonie mittlerweile so meisterlich ›managen‹ kann, bei uns eine Gleichgültigkeit gegenüber seiner allgegenwärtigen Existenz hervor«. ⁸ Das Schweigen der Linken zum Imperialismus spiegelte allerdings darüber hinaus auch ein analytisches Problem in der marxistischen Imperialismustheorie wider. Tatsächlich äußerte sich dies Anfang der 1970er Jahre – dem letzten Zeitpunkt, da man dem Imperialismusbegriff noch größere Bedeutung beimaß – in Form von Beschwerden darüber, dass der marxistische Umgang mit dem Imperialismus »als einem undifferenzierten globalen Produkt einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Entwicklung« seinen Mangel an »jeglichen ernsthaften historischen und soziologischen Dimensionen« widerspiegele. ⁹ Wie Giovanni Arrighi 1978 bemerkte, »hatte sich das, was einmal der Stolz des Marxismus war – die Imperialismustheorie – gegen Ende der 60er Jahre in einen

⁸ Vgl. *Monthly Review* 42 (6) (1990), S. 1-6; zu jenen, die aus unterschiedlichen Perspektiven am Imperialismusbegriff festhielten, vgl. Susan Strange (1989): *Towards a Theory of Transnational Empire*. In: Ernst-Otto Czempiel/J. Rosenau (Hrsg.) (1989): *Global Changes and Theoretical Challenges*. Lexington: Lexington Books; sowie: Peter Gowan (1995): *Neo-Liberal Theory and Practice for Eastern Europe*. In: *New Left Review* 213/1995

⁹ Gareth Stedman Jones (1970): *The Specificity of US Imperialism*. In: *New Left Review* 60 (erste Reihe), S. 60

Turm zu Babel verwandelt, in dem sich nicht einmal mehr Marxisten zurechtfinden«. ¹⁰

Deutlich wurde das Ausmaß der Verwirrung in den Debatten der frühen 1970er Jahre, als man sich über die Verortung der Widersprüche des damaligen Kapitalismus austauschte. Da gab es zum einen diejenigen, die sich fast ausschließlich mit der »Dritten Welt« beschäftigten und die den Widerstand der Trikontländer gegen den Imperialismus als die Hauptquelle von Veränderung erachteten. ¹¹ Andere betonten zunehmende Widersprüche innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt, wobei sie den Eindruck verstärkten, dass sich die amerikanische Hegemonie im Niedergang befände. Letztere Sichtweise wurde vorherrschend, sodass sich die Vorstellung, dass die »Erosion amerikanischer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht nicht zu übersehen [sei]«, Mitte der 80er Jahre zu einem Gemeinplatz

¹⁰ Giovanni Arrighi (1978): *The Geometry of Imperialism*. London: NLB, S. 17. Die Entzauberung des Imperialismusbegriffs bei der Linken war zum großen Teil der Tatsache geschuldet, dass die ersten Sätze in Kautskys berühmtem Aufsatz aus dem Jahre 1914 – dem Essay, der Lenins Zorn auf sich gezogen hatte – zunehmend mit der Wirklichkeit übereinstimmten: »Zunächst müssen wir uns darüber klar werden, was wir unter Imperialismus zu verstehen haben. Dieses Wort wird heute auf Schritt und Tritt gebraucht, aber je mehr man darüber spricht und diskutiert, desto unbestimmter wird es, was natürlich jede Verständigung erschwert.« Vgl. Karl Kautsky (1914): *Der Imperialismus*. In: *Die Neue Zeit*, 32. Jahrgang, XXXII/2, 11. September 1914, S. 908. Lediglich der letzte Teil dieses berühmten Aufsatzes lag 1970 in einer übersetzten und in *New Left Review* veröffentlichten Fassung vor. Unser Dank geht an Sabine Neidhardt, die uns mit einer vollständigen Übersetzung versorgte. Man beachte, dass Arrighi im Jahre 1990 eine fast identische Formulierung verwendete: »Was mit dem Imperialismusbegriff geschah, ist, dass er zum Zeitpunkt seines Gedeihens in den frühen 1970er Jahren als eine Beschreibung von allen möglichen Phänomenen verwendet wurde und deshalb keine Aussagekraft mehr besaß.« Vgl. hierzu Giovanni Arrighi (1994): *Hegemony and Social Change*. In: *Mershman International Studies Review* 38, S. 365.

¹¹ Bob Rowthorn (1971): *Imperialism in the Seventies. Unity or Rivalry*. In: *New Left Review* 69.

entwickelte.¹² Obgleich nur wenige zu jenem Aspekt der marxistischen Theorie über die zwischenimperialistische Konkurrenz, der ein militärisches Kräftemessen behauptete, zurückkehrten, ging man doch davon aus, dass man am Anfang einer Epoche intensiver regionaler ökonomischer Auseinandersetzungen stehe. Wie Glyn und Sutcliffe es formulierten, war das einzige, was man mit bestimmter Sicherheit vorhersagen könne, die Tatsache, dass ohne eine Hegemonialmacht »die Weltwirtschaft ohne eine eindeutige Führungsmacht weitergehen [werde] (...).«¹³

Ironischerweise wandten sich überdies gerade zu dem Zeitpunkt, an dem in der *New York Times* der Boden für die neuerliche Anziehungskraft des Imperialismus bestellt wurde, so viele von dem ab, was sie als die altbackene Vorstellung vom Imperialismus verstanden. Selbst nach dem Golfkrieg von 1990/91, der – wie Bruce Cumings anmerkte – »das wichtige Ziel der amerikanischen Kontrolle (...) über das Öl des Mittleren Ostens [verfolgte]«, bedurfte es noch »eines Elektronenmikroskops, um das

¹² »Kein Thema hat in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler der Internationalen Beziehungen mehr erregt als das des amerikanischen hegemonialen Niedergangs. Die Erosion der amerikanischen ökonomischen, politischen und militärischen Macht steht außer Frage. Die hinter der frühen Nachkriegsdiplomatie der Vereinigten Staaten stehenden historisch beispiellosen Ressourcen und Fähigkeiten, die Henry Luce in den 1940er Jahren dazu veranlassten, ein *American Century* auszurufen, sind einer ebenso bemerkenswerten wie rapiden Umverteilung der internationalen Macht und des internationalen Reichtums gewichen. Im Gewand von Theorien über die ›hegemoniale Stabilität‹ haben Wissenschaftler die Ausmaße des hegemonialen Niedergangs und seiner Konsequenzen diskutiert.« So zu lesen in: G. John Ikenberry (1989): *Rethinking the Origins of American Hegemony*. In: *Political Science Quarterly* 104 (3), S. 375. Unter den wenigen Kritikern dieser Sichtweise vgl. Bruce Russett (1985): *The Mysterious Case of Vanishing Hegemony. Or is Mark Twain really dead?* In: *Zeitschrift International Organization* 39 (2); Stephen Gill (1986): *American Hegemony. Its Limits and Prospects in the Reagan Era*. In: *Millennium* 15 (3); sowie: Susan Strange (1987): *The Persistent Myth of Lost Hegemony*. In: *International Organization* 41 (4).

¹³ Andrew Glyn/Bob Sutcliffe (1992): *Global But Leaderless*. In: *Socialist Register 1992*. London: Merlin, S. 93.

Wort ›Imperialismus‹ als eine Beschreibung für die weltpolitische Rolle der USA auszumachen«. Der Golfkrieg, so Cumings, »verlief inmitten eines praktischen Blackouts des kritischen Diskurses. Dieser Blackout wurde von einer selbstgefälligen Medienwelt in einem Klima verursacht, das man nur als einen liberalen Totalismus bezeichnen kann.«¹⁴ Dies setzte sich in den ganzen 1990er Jahren fort, wobei die Clinton-Administration, wie der Konservative Andrew Bacevich es in seinem Buch ausführlich dokumentiert hat, ihre republikanischen Vorgänger häufig noch übertraf, wenn es darum ging, militärische Macht bei der Unterdrückung von Widerstand gegen das aggressiv verfolgte amerikanische Dauerziel einer »freien und integrierten, auf den Prinzipien der demokratischen Marktwirtschaft basierenden Ordnung« einzusetzen. Bacevich argumentiert, dass die stetige Vermeidung des Imperialismusbegriffs nicht länger andauern konnte. Zur Stützung dieser These zitiert er zum einen Madeleine Albright, Clintons Außenministerin, die 1998 sagte: »Wenn wir Gewalt anwenden müssen, liegt das daran, dass wir Amerika sind (*If we have to use force, it is because we are America.*) Wir sind die unentbehrliche Nation«. Zum anderen verweist er auf Richard Haas, den *Director of Policy Planning* im Außenamt der nachfolgenden Bush-Administration. Letzterer rief die US-Amerikaner zu einem neuen Verständnis »[der] globalen Rolle« ihres Staates auf: »Kein traditioneller Nationalstaat, sondern der Staat einer Imperialmacht«. Die Vermeidung des Imperialismusbegriffs – so Bacevich – sei bestenfalls ein »Astigmatismus«¹⁵ und schlechtestenfalls »eine anhaltende Präferenz, seine Augen vor dem – jeglicher US-Politik zugrundeliegenden – unentwegten Eigen-

¹⁴ Bruce Cumings (1993): *Global Realm with no Limit, Global Realm with no Name*. In: Zeitschrift *Radical History Review* 57, S. 47f.; diese Ausgabe widmete sich einer Debatte mit dem Titel: »*Imperialism: A Useful Category of Analysis?*«

¹⁵ Sehstörung infolge krankhafter Veränderung der Hornhautkrümmung; Anm. d. Red.

interesse und seinen weitgehenden Ambitionen zu verschließen.«¹⁶

Zur Jahrhundertwende und am deutlichsten, nachdem die Urheber des *Project for a New American Century* mit Macht in Washington D.C. ausgestattet worden waren, kehrte der Terminus »Imperialismus« schließlich sogar in den Sprachgebrauch einer beträchtlichen Anzahl von (Links-)Liberalen zurück. Die Popularität von Hardts und Negris Wälzer »Empire« hatte die neue Großwetterlage und die neuen Zusammenhänge sogar schon vor dem zweiten US-amerikanischen Krieg gegen den Irak eingefangen. Hardts und Negris Beharren darauf, dass »die Vereinigten Staaten nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts [bilden], und tatsächlich dazu heute kein Nationalstaat in der Lage [ist]«, das mit der weitverbreiteten Vorstellung, die Macht aller Nationalstaaten sei in der Ära der Globalisierung geschwunden, in Verbindung steht, ließ sich allerdings mit dem Zeitgeist ganz und gar nicht in Einklang bringen.¹⁷

Die Linke bedarf einer neuen Theoretisierung des Imperialismus – einer Theorie, die die Grenzen der alten marxistischen »Stufentheorie« über die zwischenimperialistische Konkurrenz hinter sich lässt und genügend Raum für eine umfassende Würdigung der historischen Faktoren bietet, die zur Formierung eines einzigartigen amerikanischen informellen Imperiums geführt

¹⁶ Andrew L. Bacevich (2002): *American Empire. The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, S. X, 3 u. 219.

¹⁷ Michael Hardt/Antonio Negri (2000): *Empire*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, S. XIV, Hervorhebungen im Original (deutsch: Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 12). Vgl. auch unsere Rezension: Sam Gindin/Leo Panitch (2002): *Gems and Baubles in Empire*. In: *Historical Materialism* 10/2002, S. 17-43 (auf deutsch in der Übersetzung von Anne Scheidhauer: Sam Gindin/Leo Panitch [2002]: *Schätze und Schund. Eine Rezension zu Empire von Michael Hardt und Antonio Negri*. Offenbach: Ränkeschmiede. Texte zur internationalen ArbeiterInnenbewegung. Nr. 13/Okttober 2002. Hrsg. von: tie – Internationales Bildungswerk e.V.).

haben. Die erneute theoretische Annäherung an den Imperialismus wird ein Verständnis darüber beinhalten müssen, wie der amerikanische Staat seine Fähigkeit entfaltet hat, sich die anderen kapitalistischen Konkurrenten letztendlich einzuverleiben und die »Globalisierung«, die nichts anderes ist als die Ausbreitung kapitalistischer Sozialbeziehungen in jeden Winkel dieser Erde, zu überwachen (und das, wenn nötig, mit Gewalt). Diese Theorie wird auch die Frage beantworten müssen, was dem Beharren des amerikanischen Staates auf seinem nicht-imperialistisches Wesen Plausibilität verliehen hat und wie dieses Beharren in die Praxis umgesetzt und institutionalisiert wurde. Auch muss sie umgekehrt beantworten können, was die Ursachen dafür sind, dass eine Insistenz des amerikanischen Staates, er sei doch nicht imperialistisch, heute unglaubwürdig erscheint. Außerdem sollte eine solche Theorie fähig sein zu klären, welche Auswirkungen die mangelnde Verhüllung der imperialistischen Politik des amerikanischen Staates in Bezug auf dessen Anziehungskraft und dessen Fähigkeit hat, den weltweiten Kapitalismus zu managen und sein globales Imperium aufrecht zu erhalten.

Den Imperialismus neu denken

Dem Kapitalismus ist eine strukturelle Logik immanent, die ihn nach Expansion und Internationalisierung streben lässt. Diese Tendenz ist von Marx in der berühmten – mit der Gegenwart so verblüffend übereinstimmenden – Prognose aus dem Kommunistischen Manifest festgehalten worden: »Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen (...). [S]ie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.«¹⁸ Die Bekräftigung der hellseherischen Begabung von Marx läuft allerdings Gefahr, das Phänomen, das wir heutzutage als Globalisierung bezeichnen, als ein unausweichliches und unumkehrbares zu betrachten. Wir müssen uns daran erinnern, dass Marx' Worte ebenso gegen Ende des 19. Jahrhunderts als zutreffend erschienen, als, wie Karl Polanyi bemerkte, »[n]ur ein Verrückter daran [hätte] zweifeln können, daß das internationale Wirtschaftssystem die Achse der materiellen Existenz des Menschengeschlechts darstellte«.¹⁹ Wie Polanyi allerdings zu erklären bestrebt war, gab es bereits damals Anzeichen dafür, dass sich das internationale Wirtschaftssystem zu diesem Zeitpunkt ganz und gar nicht kontinuierlich und ohne Brüche entwickelte, sondern dass es sich bereits in der Frühphase eines Auflösungsprozesses befand und

¹⁸ *Anm. d. Übers.*: Vgl. Friedrich Engels/Karl Marx (1959): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Dies. (1959): *MEW. Band 4. Mai 1846 bis März 1848*. 6. Auflage (1972). Berlin (Ost): Dietz Verlag, S. 465f.

¹⁹ Karl Polanyi (1957): *The Great Transformation*. Boston: Beacon Press, S. 18 (Deutsch: Karl Polanyi [1978]: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 2. Aufl. [1990]. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 39).

in kürzester Zeit durch zwei grauenhafte Weltkriege und die Implosion der *Great Depression* kollabieren würde.

Die Nachkriegsrekonstruktion der kapitalistischen Weltordnung ist als eine unmittelbare Antwort der führenden kapitalistischen Staaten auf das vorangegangene Versagen der Globalisierung zu verstehen. Vermittels der Infrastruktur des *Bretton-Woods*-Systems für eine neue Freihandelsordnung wurde die dynamische Logik der kapitalistischen Globalisierung abermals in Gang gesetzt. Während des kurzen »Goldenen Zeitalters« nach dem Krieg wurde die kapitalistische Globalisierung (durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen, die neue Stufe direkter Auslandsinvestitionen und die zunehmende Internationalisierung des Finanzwesens) wiederbelebt. Die neoliberale Antwort auf die ökonomische Krise der 1970er Jahre verlieh ihr später noch größere Kraft. Der Ausgang dieser Krise machte deutlich, dass die international wirksamen Effekte der strukturellen Akkumulationskrisen nicht *a priori* vorhergesagt werden können. Von den drei großen Strukturkrisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems beschleunigte die erste (nach den 1870er Jahren) die zwischenimperialistische Konkurrenz und führte so zum Ersten Weltkrieg und der kommunistischen Revolution, während die zweite Krise (die *Great Depression*) die Internationalisierungsflugbahn des Kapitalismus eigentlich umkehrte. Der Krise der frühen 1970er Jahre folgte allerdings eine Vertiefung, Beschleunigung und Ausweitung der kapitalistischen Globalisierung; und obwohl dieser Prozess die ökonomische Konkurrenz zwischen regionalen Blöcken forcierte, brachte er nichts mit der alten zwischenimperialistischen Konkurrenz Vergleichbares hervor.

Dieser sprunghafte Verlauf vom 19. bis zum 21. Jahrhundert legt nahe, dass der Prozess der Globalisierung weder unausweichlich ist – wie es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts üblicherweise angenommen wurde und wie es heute abermals gemeinhin angenommen wird – noch dass es unmöglich ist, ihn aufrechtzuerhalten (wie es Lenin und Polanyi, jeder auf seine

Weise, beide behauptet hatten). Der alles entscheidende Punkt ist, dass wir zwischen der expansiven Tendenz des Kapitalismus und seiner jeweiligen historischen Entwicklung unterscheiden müssen. Eine weltweite kapitalistische Ordnung ist stets eine relativ zufällige soziale Konstruktion. Die tatsächliche Entwicklung und Kontinuität einer solchen Ordnung gilt es zu problematisieren. Es besteht – analog zum Großteil der bürgerlichen Analysen – eine Tendenz innerhalb bestimmter marxistischer Strömungen, eine ahistorische Theoriebildung zu betreiben. Wir dürfen Geschichte nicht so theoretisieren, dass die Entwicklung des Kapitalismus wie eine einfache Ableitung von abstrakten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten erscheint. Entscheidend ist vielmehr, sich an die methodologische Einsicht des Marxismus zu halten, die – wie Philip McMichael argumentiert hat – auf der Notwendigkeit besteht, die »*Theorie zu historisieren*, d.h. die Globalisierung zwar als ein dem Kapitalismus immanentes Verhältnis zu problematisieren, allerdings mit ziemlich einzigartigen materiellen (sozialen, politischen und Umwelt-)Beziehungen über Zeit- und Zeit-Raum-Dimensionen hinweg (...). Die Globalisierung ist nicht einfach die Entfaltung von Tendenzen des Kapitalismus, sondern ein historisch einzigartiges Projekt, das von den widersprüchlichen Verhältnissen vorheriger Globalisierungsphasen geformt oder verkompliziert wird.«²⁰

Vor allem darf die (konkrete) Realisierung (oder Unterbindung) der Globalisierungstendenzen des Kapitalismus nicht getrennt von der Rolle verstanden werden, die die Staaten, von denen die kapitalistische Welt historisch eingerichtet wurde, gespielt haben. Wir werden den Aufstieg des Kapitalismus nicht begreifen, wenn wir kein Verständnis für die Rolle haben, die die europäischen Staaten innerhalb ihrer territorialen Grenzen bei der Ausformulierung und Inkraftsetzung der gesetzlichen

²⁰ Philip McMichael (2001): *Revisiting the Question of the Transnational State: A Comment on William Robinson's »Social Theory and Globalization«*. In: *Theory and Society* 30/2001, S. 202.

und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für das Privateigentum, die Vertragsabschlüsse, die Währung, den Wettbewerb und die Lohnarbeit spielten, während sie gleichfalls einen Prozess ungleicher Entwicklung (und damit einhergehend die Konstruktion von Rasse und Nation) in der modernen Welt hervorbrachten. Diese Entwicklungen waren Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts so ausgeprägt, dass das Kapital, das die Grenzen eines gegebenen Nationalstaates überschritt, seine Expansion innerhalb neuer kapitalistischer Gesellschaftsordnungen tätigen konnte, die von anderen Staaten eingerichtet worden waren (oder gerade eingerichtet wurden), oder dass es im Rahmen eines formalen oder informellen Imperiums expandierte. Nichtsdestotrotz reichte dies noch nicht aus, die globale Expansionstendenz des Kapitals zu unterstützen. Für eine umfassende weltweite kapitalistische Regulation existierten keine angemessenen Instrumente, sodass die internationale Ökonomie und ihre Akkumulationsmuster fragmentiert blieben. Hiermit war die Triebkraft für die zwischenimperialistische Konkurrenz geschaffen, die zum Ersten Weltkrieg führte.

Die klassischen Imperialismustheorien, die während dieser Zeit (von Hobson bis Lenin) entwickelt wurden, gründeten auf einer Theoretisierung ökonomischer Entwicklungsstufen und Krisen der kapitalistischen Produktionsweise. Dies war ein fundamentaler Fehler, der seither ein richtiges Verständnis behindert hat.²¹

²¹ Wie weitreichend dieser fundamentale Fehler der Linken zu schaffen macht, kann man an der Tatsache ablesen, dass sogar diejenigen, die heute betonen, dass die alte Imperialismustheorie – wie man sie auch dreht und wendet – den gegenwärtigen Kapitalismus nicht mehr erklären kann, diese Theorie trotzdem als eine Erklärung für den Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg akzeptieren. Den jüngsten Beweis dafür bieten Hardt und Negri, die mit Lenins und Luxemburgs Behauptung komplett übereinstimmen, dass das Wesen des Kapitalismus diesen selber mit einem Widerspruch bei seinen Versuchen, den Mehrwert zu realisieren, konfrontiert: nämlich, dass die Arbeiter weniger verdienen, als sie produzieren (Unterkonsumtion), sodass das Kapital gezwungen ist, jenseits seiner eigenen Grenzen nach (Absatz-)Märkten zu suchen. Angesichts der Tatsache, dass dieses Problem

Die Unzulänglichkeiten der klassischen Theorien fanden sich in ihrer historischen Lesart des Imperialismus, in ihrem Umgang mit der Dynamik der kapitalistischen Akkumulation und in ihrer Hypostasierung eines damit verknüpften Momentes zwischenimperialistischer Konkurrenz zu einem unabänderlichen Gesetz kapitalistischer Globalisierung. Wie wir im Verlauf dieser Arbeit argumentieren werden, trat eine spezifisch kapitalistische Variante des Imperialismus nicht urplötzlich mit der so genannten monopol- bzw. finanzkapitalistischen Stufe des Kapitalismus im 19. Jahrhundert auf. Auch wurde die von dem klassischen Verständnis dieser Epoche abgeleitete Krisentheorie fälschlicherweise dazu benutzt, die expansionistischen Tendenzen des Kapitalismus zu erklären. Wenn die kapitalistischen Unternehmer auf Kapitalexport sowie auf Handelsbeziehungen mit Auslandsmärkten aus waren, dann lag das weniger daran, dass die Zentralisation und die Konzentration des Kapitals zu einer neuen Entwicklungsstufe geführt hatten, die vom tendenziellen Fall der Profitrate, Überakkumulation und/oder Unterkonsumtion geprägt war. Vielmehr gab es Ähnlichkeiten mit dem Prozess, der ehemals individuelle Kapitaleinheiten angetrieben

in allen kapitalistischen Ländern auftritt, erfordert seine »Lösung« den konstanten Zugang zu Märkten *nichtkapitalistischer* Gesellschaften. Die Fokussierung der nichtkapitalistischen Märkte wird durch den Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln für die Ernährung der heimischen Lohnarbeiter und die Ausstattung der heimischen Produktion mit Produktionsmitteln untermauert. Die erfolgreiche Realisierung des Mehrwerts und die Erweiterung der Produktion reproduzieren den Unterkonsumtionswiderspruch bzw. die Unterkonsumtionskrise allerdings ganz einfach in Form einer Überproduktionskrise. Das zwingt das Kapital im Ausland dazu, dort Abflüsse für die eigenen Kapitalüberschüsse zu finden. Diese allgemeine Suche nach ausländischen (Absatz- und Anlage-)Märkten, Rohstoffen und Investitionsmöglichkeiten impliziert die Ausweitung der nationalen Souveränität über ihre angestammten Grenzen hinaus, d.h. den Imperialismus, und sie tendiert gleichzeitig zur »äußeren Landnahme«, d.h. zur Integration des Außenraums in den Kapitalismus. Dementsprechend reproduziert sich die Unterkonsumtions- bzw. Überproduktionskrise lediglich auf erweiterter Stufe.

hatte, ihre angestammte Heimat in einem gegebenen Dorf oder einer gegebenen Stadt zu verlassen, das heißt, es waren der Druck und die sich bietenden Möglichkeiten der Konkurrenz sowie die korrespondierenden Strategien und Möglichkeiten eines sich entwickelnden Kapitalismus, die den internationalen Expansionismus des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts vorantrieben und erleichterten.

Die Klassiker der Imperialismustheorie scheiterten ebenfalls daran, die Raumdimensionen dieser Internationalisierung adäquat zu erkennen. Sie maßen dem Waren- und Kapitalexport in die Regionen, die wir heute unter dem Begriff der »Dritten Welt« zusammenfassen, eine zu hohe Bedeutung bei, denn exakt die Unterentwicklung dieser Länder schränkte ihre Möglichkeiten ein, diese Ströme zu absorbieren. Auch gelang es ihnen nicht, zwei der Schlüsselentwicklungen in den führenden kapitalistischen Ländern selber wahrzunehmen. Anstatt eines Zustandes der Übersättigung der Konsumtionskapazitäten innerhalb der führenden kapitalistischen Länder – eine Ausgangsannahme, die auf dem basierte, was in Lenins Schrift über den Imperialismus das »Hungerdasein der Masse der Bevölkerung« genannt wurde²² – entstand ein Zustand, in dem sich mehr und mehr westliche Arbeiterklassen ein steigendes Maß an privater und öffentlicher Konsumtion erkämpften,²³ und anstatt, dass die Konzen-

²² *Anm. d. Übers.:* Vgl. z.B. W.I. Lenin (1970): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss*. In: Derselbe (1970): *Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band II*. 2. Aufl. Berlin (Ost): Dietz Verlag, S. 677.

²³ »Freilich wäre der Kapitalismus imstande, die Landwirtschaft zu entwickeln, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung heben, die trotz des schwindelerregenden technischen Fortschritts überall ein Hunger- und Bettlerdasein fristet – dann könnte von einem Kapitalüberschuß nicht die Rede sein (...). Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus, denn die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind wesentliche, unvermeidliche Bedingungen und Voraussetzungen dieser Produktionsweise.« In: Vladimir Iljitsch Lenin (1970): *Imperialism. The High-*

tration des Kapitals in diesen Ländern, die die Einführung neuer Produkte einschränkte und dazu führte, dass »dem Kapital (...) ein Spielraum für »rentable« Betätigung fehlt«,²⁴ schuf genau diese Ungleichheit des anhaltenden Wettbewerbs und der technologischen Entwicklung neue Aussichten auf eine innere Akkumulation. Es fand nicht nur eine Ausbreitung des Kapitals in den Außenraum statt, sondern auch eine innere Landnahme durch das Kapital.

Was diese Theoretiker beobachteten, war tatsächlich weit davon entfernt, das höchste Stadium des Kapitalismus zu sein,²⁵ denn inzwischen ist offensichtlich geworden, dass sie sich mit einer verhältnismäßig *frühen* Phase der kapitalistischen Entwicklung beschäftigt hatten. Dies galt nicht nur für die Konsumtionsmuster, die Finanzströme und die Konkurrenz, sondern ebenfalls für den zur damaligen Zeit begrenzten Grad an ausländischen Direktinvestitionen und die äußerst rudimentären Instrumente, die bis dato für eine Verwaltung der mit der Internationalisierung des Kapitalismus in Zusammenhang stehenden Widersprüche entwickelt worden waren.

Besonders zu bemängeln war bei diesen Theoretikern allerdings ihr reduktionistisches und instrumentalistisches Staatsverständnis.²⁶ Der Imperialismus lässt sich nicht auf eine ökonomi-

est Stage of Capitalism. In: Derselbe (1970): *Selected Works. Volume I.* Moskau: Progress Publishers, S. 716 (deutsch in: W.I. Lenin [1970]: *Der Imperialismus...*, a.a.O., S. 702f.)

²⁴ Vladimir Iljitsch Lenin (1970): *Imperialism*, a.a.O., S. 716 (deutsch in: W.I. Lenin [1970]: *Der Imperialismus...*, a.a.O., S. 703).

²⁵ *Anm. d. Übers.:* Zur Debatte über die mangelhaften Übersetzungen des »höchsten« Stadiums im Sinne eines »finalen« Stadiums eines »parasitären« (Hobson) bzw. »faulenden« (Lenin) Kapitalismus in seinem vermeintlichen Endstadium vgl. Panitchs Anmerkungen in der Januar-Ausgabe 2004 der *Monthly Review*.

²⁶ Vgl. John Willoughby (1986): *Capitalist Imperialism. Crisis and the State.* New York: Harwood Academic Publishers, insbesondere S. 7f.; bereits früher und auf eine umfassendere Weise formulierte dies: Harry Magdoff (1969): *The Age Of Imperialism.* New York: Monthly Review Press, insbesondere S. 13

sche Erklärung reduzieren, selbst wenn ökonomische Kräfte stets einen großen Raum einnehmen. Wir müssen diesbezüglich die beiden Begriffe Imperialismus und Kapitalismus auseinanderhalten. Konkurrenz zwischen kapitalistischen Unternehmern auf der internationalen Bühne, ungleicher Tausch und ungleiche Entwicklung sind alle jeweils Aspekte der kapitalistischen Produktionsweise an sich, und ihre Beziehungen zum Imperialismus lassen sich nur mittels einer Staatstheorie wirklich verstehen. Wenn Staaten ihren nationalen Kapitalen den Weg für eine Expansion nach außen ebnen, ja selbst, wenn sie dieser Expansion folgen und diese direkt politisch verwalten, kann man dies nur mittels eines Verständnisses der relativen Autonomie begreifen, die diese Staaten in ihrer Funktion der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung und der Absicherung der Bedingungen der Kapitalakkumulation besitzen; folglich müssen wir staatliche Verwaltungskapazitäten genauso wie Klassen-, kulturelle und militärische Determinanten bei einer Erklärung der imperialen Aspekte dieser Funktion berücksichtigen.

Das Verständnis des kapitalistischen Imperialismus erfordert also die Einbeziehung einer Theorie des kapitalistischen Staates, statt einer direkten Ableitung von der Theorie der ökonomischen Stufen oder Krisen. Solch eine Theorie muss nicht nur das Moment einer zwischenimperialistischen Konkurrenz und die genaue Konstellation der Vorherrschaft eines einzigen imperialen Staates umfassen, sondern auch die strukturelle Durchdringung ehemaliger Konkurrenten durch einen einzigen imperialen Staat. Das bedeutet, dass wir die Theorie historisieren müssen, wobei am Anfang einer solchen Historisierung der Bruch mit der konventionellen Vorstellung steht, dass das Wesen des modernen Imperialismus ein für alle Mal durch diejenigen Formen ökonomischer Konkurrenz determiniert ist, die mit dem Stand der industriellen Konzentration und der wachsenden Bedeutung des Finanzkapitals – Phänomenen, die man mit dem Monopolkapitalismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert assoziiert – einhergingen.

Konkret erkennt man den Übergang zur modernen Form des Imperialismus an der Verbindung, die der britische Staat zwischen seinem alten merkantilen, formalen Imperium und dem informellen Imperium herstellte, das er in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Ära des »Freihandels« ins Leben rief. Die Imperialismustheorien waren allesamt Ableitungen von einem unzureichenden Verständnis der Trennung des Ökonomischen vom Politischen im Kapitalismus. Das gilt für Schumpeters Imperialismustheorie, die die atavistische Rolle von vorkapitalistischen Ausbeutungs- und Kriegerklassen innerhalb des Kapitalismus reflektierte, sowie für die von Kautsky und auch Lenin geteilte Vorstellung, dass das britische Industriekapital und seine Freihandelspolitik aus der Mitte des 19. Jahrhunderts einen »reinen« Kapitalismus widerspiegelte, der sich im Widerspruch zu einer imperialen Expansion oder zumindest in einem Zustand der »Nicht-Betroffenheit« befand.²⁷ Dieses Verständnis lag der Auffassung zugrunde, dass die Ablösung der Epoche freien Wettbewerbs durch die Phase des Finanzkapitals diese Trennung (des Politischen vom Ökonomischen, *Anm. d. Übers.*) aufgehoben hatte, was nun zu imperialistischer Expansion, Konkurrenz und Krieg zwischen den führenden kapitalistischen Staaten führte.

Genau wie heutige Diskussionen zur Globalisierung im Kontext neoliberaler Politikansätze, die auf die Herstellung »freier Märkte« drängen, stellten die klassischen marxistischen Beiträge über die Freihandelsära des 19. Jahrhunderts und ihre Ablösung durch die Phase zwischenimperialistischer Konkurrenz die »Staaten« und die »Märkte« in einen Gegensatz. In beiden Fällen haben wir es mit dem Versäumnis zu tun, die maßgebliche Rolle des Staates bei der konkreten Durchsetzung »freier Märkte« und der darauf folgenden Erhaltung ihrer Funktionsfähigkeit ausrei-

²⁷ Vgl. John Kautsky (1961): J.A. Schumpeter and Karl Kautsky. Parallel Theories of Imperialism. In: *Midwest Journal of Political Science* V (2), S. 101-128; sowie: Vladimir Iljitsch Lenin (1970): *Imperialism...*, a.a.O., S. 715 (deutsch: W.I. Lenin [1970]: *Der Imperialismus...*, a.a.O., S. 702).

chend zu würdigen. Ging die Herausbildung des so genannten *laissez-faire* im Rahmen des Industriekapitalismus Mitte des 19. Jahrhunderts mit einem äußerst aktiven Staat einher, dem es oblag, die formale Trennung zwischen der Politsphäre und der Ökonomie zu bewirken und die inneren Sozialbeziehungen einer vollständig kapitalistischen Ordnung zu definieren und zu überwachen, so galt dies ebenso für die auf Freihandel fixierte Außenpolitik des allerersten Staates, der »eine Form von Imperialismus schuf, die von der Logik des Kapitalismus angetrieben wurde«²⁸ und mit einer Ausweitung der imperialen Rolle entlang all dieser Dimensionen verbunden war.

Wie es Gallagher und Robinson vor 50 Jahren in einem grundlegenden Aufsatz mit dem Titel »The Imperialism of Free Trade« gezeigt haben, wurde die übliche (von Kautsky, Lenin und Schumpeter geteilte) Vorstellung, dass britischer Freihandel und Imperialismus sich nicht (miteinander) vermischten, durch unzählige Okkupationen und Annexionen, die Hinzufügung von Kolonien und insbesondere durch die Bedeutung Indiens für das Imperium zwischen den 1840er und den 1870er Jahren Lügen gestraft. Die enorme – ökonomischen und strategischen Gründen geschuldete – Ausweitung des britischen »informellen Imperiums« vermittels Auslandsinvestitionen, bilateralem Handel, »Freundschafts«-Abkommen und Kanonenbootdiplomatie, bei der »in der Mitte des Viktorianischen Zeitalters merkantilistische Verfahrensweisen eines formellen Imperiums zur gleichen Zeit Verwendung [fanden], als man sich in Lateinamerika informeller Verfahrensweisen bediente, widersetzte sich einer solchen Auffassung noch eindeutiger.

Exakt aus diesem Grund ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass sich Versuche, Phasen des Imperialismus als direkte abhängige Variablen von Phasen im ökonomischen Wachstum der Ökonomie der Metropolen zu verstehen, als vergebliche Lie-

²⁸ Ellen Meiksins Wood (2003): *Empire of Capital*. London: Verso, S. 72.

besmüh erweisen werden (...).«²⁹ Gallagher und Robinson definierten den Imperialismus in Bezug auf eine *wechselhafte politische Funktion (variable political function)*, »neue Regionen in die wachsende Wirtschaft einzubinden; über seinen Charakter bestimmen weitgehend unterschiedliche und sich verändernde Beziehungen zwischen den politischen und den ökonomischen Elementen der Expansion in jeder spezifischen Region und Zeit(epoche)«.

»Mit anderen Worten: es ist sowohl die Politik als auch die Wirtschaft des informellen Imperiums, die wir in unsere Betrachtung mit einbeziehen müssen (...). Der Typus politischen Pfandrechts (the type of political lien) zwischen der expandierenden Ökonomie und ihren formal und informell abhängigen Gebieten (...) schwankte tendenziell mit dem ökonomischen Wert des territorialen Raumes, der Stärke seiner politischen Struktur, der Bereitschaft seiner Herrschaftsschicht, den kommerziellen und strategischen Zwecken Großbritanniens zu dienen, der Fähigkeit der eingeborenen Gesellschaft, ökonomische (Struktur)

²⁹ John Gallagher/Ronald Robinson (1953): *The Imperialism of Free Trade*. In: *The Economic History Review* VI (1), S. 6. Gallagher und Robinson stellten grundsätzlich Lenins Ansicht in Frage, dass die Entwicklung hin zu eigenständigen Regierungen in den Kolonien, die zeitgleich zur Freihandelsära sich ereignete, nicht bedeutete, dass der »Freihandelswettbewerb die Befreiung der Kolonien [mit sich bringe] und ihre vollständige Ablösung von Großbritannien« in den Augen der führenden bürgerlichen Politiker »als unausweichlich und erstrebenswert [angesehen wurde]«. Dies, so behaupteten sie, reflektiere das herkömmliche Missverständnis, dass der Freihandel das Imperium »überflüssig« mache, und verursache die schwerwiegende falsche Auslegung von Veränderungen in Formen der Verfassung. Robinson und Gallagher formulierten das folgendermaßen: »Eigenverantwortliches Regieren war alles andere als eine Erfindung von Separatisten, sondern einfach eine veränderte Methode der Sicherung britischer Interessen, nämlich mit indirekten anstelle von direkten Mitteln. Das Lockerung der formalen politischen Verbindung zur richtigen Zeit ermöglichte es, sich auf ökonomische Abhängigkeit und beidseitiges Wohlempfinden als Mittel zur Bindung der Kolonien an Großbritannien zu verlassen, während man diese immer noch als Akteure für die weitere britische Expansion benutzte.« John Gallagher/Ronald Robinson (1953): *ebenda*, S. 2.

Veränderungen ohne äußere Kontrolle durchzumachen, dem Grad, bis zu dem die innen- und außenpolitische Lage eine britische Intervention erlaubte, und schließlich der Frage, wie weit die europäischen Konkurrenten der britischen Politik freie Hand ließen (...).«³⁰

Das soll nicht heißen, dass es keine bedeutenden Unterschiede zwischen informellen und formalen Imperien gibt. Ein informelles Imperium erfordert die Unterstützung der ökonomischen und kulturellen Durchdringung anderer Staaten durch eine politische und militärische Kooperation mit anderen unabhängigen Regierungen. Der determinierende Hauptfaktor für die Verschiebung in Richtung einer Ausweitung des formalen Imperiums nach den 1880er Jahren war weder die Unzulänglichkeit Großbritanniens hinsichtlich seiner Beziehungen zu seinem informellen Imperium, noch die Herausbildung einer monopolkapitalistischen oder »finanzkapitalistischen« Phase, sondern vielmehr *die Unfähigkeit Großbritanniens, die neu entstandenen kapitalistischen Mächte Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan in einen »Freihandelskapitalismus« zu integrieren*. Verschiedene Faktoren determinierten diesen Umstand: darunter vorkapitalistische soziale Kräfte, die in einigen dieser Länder in der Tat ihre Bedeutung behielten, nationalistische Gefühle, die die Entwicklung der kapitalistischen Nationalstaaten begleiteten, strategische Antworten auf innenpolitische Klassenkämpfe sowie geopolitische und militärische Rivalitäten und insbesondere die beschränkte Fähigkeit des britischen Staates, Versuche dieser anderen Staaten abzuwehren, die die Konsequenzen ungleicher Entwicklung abblocken und umkehren sollten, wobei diese beschränkte Fähigkeit die zunehmende Trennung zwischen britischem Finanzkapital und Industriekapital widerspiegelte. Daraus ergab sich der Wettkampf um Kolonien und die Tatsache, dass man die Handelskonkurrenz zunehmend über protektionistische Maßnahmen organisierte (Zölle

³⁰ John Gallagher/Ronald Robinson (1953): *ebenda*, S. 6f.

dienten zum einen als die hauptsächliche Besteuerungsgrundlage dieser Staaten und zum anderen als Schutzvorrichtung gegenüber noch nicht vollständig entwickelten Industriebourgeoisien und Arbeiterklassen). In diesem Kontext erwiesen sich die Apparate der internationalen Institutionen, denen die diplomatischen Beziehungen und die Bündnisformierungen oblagen, die britische Seeherrschaft und der Goldstandard, sogar als zu fragil, um die Garantie der gleichen Behandlung von Auslandskapital und nationalem Kapital innerhalb aller Staaten leisten zu können (und dies ist das Schlüsselement der kapitalistischen Globalisierung), geschweige denn, dass sie in der Lage gewesen wären, bei Konflikten zu vermitteln und die mit der Entwicklung des globalen Kapitalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts einhergehenden Widersprüche zu managen.

Nicht weniger als Lenin folgte Kautsky ab 1914 der in Hilferdings »Finanzkapital« vertretenen Auffassung, wenn er schloss, dass »eine brutale und gewaltförmige« Form des imperialistischen Wettbewerbs »ein Produkt des hochentwickelten Industriekapitalismus« war.³¹ Kautsky lag allerdings mit seiner Einschätzung richtig, dass, obwohl die zwischenimperialistische Konkurrenz zu einem Krieg zwischen den kapitalistischen Hauptmächten geführt hatte, dies kein zwangsläufiges Charakteristikum kapitalistischer Globalisierung sein müsse. Lenins Hang zur theoretischen Überpolitisierung führte dazu, dass Kautsky seinen Zorn auf sich zog, als er die Auffassung vertrat, dass alle herrschenden kapitalistischen Klassen nach der durch den Weltkrieg gelernten Lektion schließlich dazu kommen könn-

³¹ Alle Zitate von Karl Kautsky entstammen dem folgenden Aufsatz: John Kautsky (1961): *J.A. Schumpeter and Karl Kautsky*, a.a.O., S. 114-116; außer dem Zitat über seinen ökonomischen Reduktionismus, wo wir den Wortlaut der in *New Left Review* 1970 publizierten Teilübersetzung von »Der Imperialismus« (im Original auf deutsch, *Anm. d. Übers.*) verwendet haben (S. 46). Für die beste Darstellung des Kautskyschen Ultraimperialismusbegriffs siehe: Salvadori Massimo (1979): *Karl Kautsky and the Socialist Revolution. 1880-1933*. London: NLB, S. 169-203.

ten, der kapitalistischen Globalisierung durch einen von Kooperation geprägten »Ultraimperialismus« zurück ins Leben zu verhelfen, angesichts der wachsenden Macht eines Industrieproletariats, das trotz allem immer noch nicht annähernd die Fähigkeit besaß, eine sozialistische Transformation zu erwirken. Kautsky formulierte seinen Standpunkt allerdings auf reduktionistische Weise, da er seine Konzeption des Ultraimperialismus von einer – wie er wiederholt betonte – »streng ökonomischen Betrachtungsweise« ableitete, anstatt im Zusammenhang mit einer ernstzunehmenden Theorie des Staates.

Festzuhalten bleibt außerdem: Wenn Kautsky seiner früheren Sichtweise (von 1911) größere Beachtung geschenkt hätte, derzufolge »die USA das Land [sind], das uns die gesellschaftliche Zukunft im Kapitalismus zeigt«, und wenn er die Kapazitäten des neu aufsteigenden informellen amerikanischen Imperiums erkannt hätte, die es ihm schließlich ermöglichten, die anderen führenden kapitalistischen Staaten zu durchdringen und sich beizuordnen, anstatt eine von Gleichberechtigung geprägte Allianz zwischen diesen Staaten zu antizipieren, dann wäre er der tatsächlichen Entwicklung nach 1945 vielleicht näher gekommen. Die Entwicklungen sowohl innerhalb der amerikanischen Gesellschaft und des amerikanischen Staates als auch auf der internationalen Ebene, die zugegebenermaßen tatsächlich kaum in aller Deutlichkeit vorhersehbar waren, erlaubten es den amerikanischen Politstrategen, sich in der Gewissheit zu wiegen, dass »nur die Vereinigten Staaten die Macht hatten, die Geschichte in die Hand zu nehmen und sie [den eigenen Interessen] konform zu machen.«³²

³² Dies sind die Worte eines Biographen Dean Achesons, wie sie sich als Zitat in folgendem Werk finden lassen: William Appleman Williams (1980): *Empire as a Way of Life*. New York: Oxford University Press, S. 185 (deutsch: William Appleman Williams [1984]: *Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik*. Hamburg: Junius, S. 166).

Die Amerikanische Republik: »Extensives Imperium und Selbstverwaltung«

Die zentrale Stellung der Vereinigten Staaten innerhalb des globalen Kapitalismus basiert auf einer spezifischen Konvergenz von Struktur und geschichtlicher Entwicklung. Auf einer rein theoretischen Ebene können wir spezifische Institutionen als Reflektionen der strukturellen Macht im Kapitalismus identifizieren. Allerdings sind diejenigen Umstände, die das Auftauchen solcher Institutionen verhindern, und diejenigen Umstände, die – sollten sie existieren – ihre Entfaltung begünstigen, Fragen historischer Konstellationen. Die ausschlaggebende Phase in der Rekonstruktion des globalen Kapitalismus – nach seinen früheren Zusammenbrüchen und vor der Rekonstruktion, die sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ereignete – erstreckt sich über den Zeitraum zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegsphase. Erst nach den großen Katastrophen der Wirtschaftsdepression und des Zweiten Weltkriegs sollte die kapitalistische Globalisierung als eine aus diesen Katastrophen gezogene Lehre neu belebt werden. Ihre Entwicklung befand sich allerdings in Abhängigkeit von dem Aufstieg und der ungleichen historischen Entwicklung einiger Strukturmerkmale, die sich unter der Anleitung eines einzigartigen *Akteurs* entfalteten: dem amerikanischen imperialen Staat.

Die Rolle, die der amerikanische Staat schließlich in der kapitalistischen Weltwirtschaft spielte, war zwar nicht zwangsläufig vorgegeben. Ebenso wenig war sie allerdings rein zufällig: Sie war keine Frage der Teleologie, sondern der Geschichte des Kapitalismus. Die von den USA entfaltete Fähigkeit, »ihre *partikulare* Macht mit der *allgemeinen* Aufgabe der Koordination auf eine Weise zu verkoppeln, die die spezifische Matrix ihrer eigenen

sozialen Geschichte widerspiegelt«, wie es Perry Anderson vor einiger Zeit formuliert hat, gründete auf »der Anziehungskraft des US-amerikanischen Produktions- und Kulturmodells, zweier Modelle, die in zunehmendem Maße in der Konsumtionssphäre vereinigt wurden«. Es kamen hier zwei Ebenen zusammen: auf der einen Seite die US-amerikanische Erfindung des modernen Konzerns, »eine wissenschaftliche Erfassung« des Arbeitsprozesses und die Fließbandproduktion, und auf der anderen Seite die Hollywoodschen, »auf die abstraktesten Inhalte, Normen und Botschaften reduzierten Erzähl- und Abbildungsschemata«, die durch ihre »drastische Verkürzung und Repetition«³³ Millionen von Immigranten emotional und physisch anzogen. Die Kombination der dynamischen Kraft (*dynamism*) des amerikanischen Kapitalismus mit der universalistischen Sprache der amerikanischen Ideologie von der liberalen Demokratie untermauerte in ihrer weltweiten Anziehungskraft die Kapazitäten für den Aufbau eines informellen Imperiums, die das diesbezügliche Potential Großbritanniens während des 19. Jahrhunderts bei weitem übertrafen. Darüber hinaus erwies sich das amerikanische informelle Imperium mit der Züchtung moderner multinationaler Konzerne und den damit verbundenen ausländischen Direktinvestitionen in die Produktion und den Dienstleistungsbereich hinsichtlich der Durchdringung anderer Gesellschaften als weitaus effektiver.

Es war aber nicht nur die ökonomische und die kulturelle Formation des amerikanischen Kapitalismus, sondern auch die Konfiguration des amerikanischen Staates, die ein neues informelles Imperium begünstigte. Gegen Andersons Eindruck, dass die Verfassungsstrukturen des amerikanischen Staates (aufgrund ihrer »Verhaftung in den Arrangements des 18. Jahrhunderts«)³⁴

³³ Perry Anderson (2002): *Force and Consent*. In: *New Left Review* 17, S. 24.

³⁴ Ebenda, S.25. Vgl. auch: Daniel Lazare (1996): *The Frozen Republic*. New York: Harcourt Brace. Lazare gelingt es nicht, zwischen zwei Dingen zu unterscheiden: zwischen den demokratischen Zwängen und innenpolitischen Pattsituationen, die das alte Elitensystem mit seinen über gegensei-

die »Tragfähigkeit« (*»carrying power«*) seiner ökonomischen und kulturellen Strukturen vermissen ließen, spricht die 1809 von Thomas Jefferson gemachte Beobachtung, dass »keine andere Verfassung jemals zuvor so gut ausgewogen war für ausgedehnte Großmacht und für Selbstregierung wie die unsere«. ³⁵ Zu Recht haben Hardt und Negri die Präkonfiguration dessen, was sie heute »Empire« nennen, bis zurück zur Inkorporierung der Madisonschen »Netzwerk-Macht« in die US-amerikanische Verfassung verfolgt. ³⁶ Diese führte nicht nur Kontroll- und Machtverteilungsmechanismen (*checks and balances*) innerhalb des Staatsapparats mit sich, sondern auch die Vorstellung, dass eine in einen extensiven und expansiven Staat eingegliederte, weitreichendere Pluralität der Interessen garantierte, dass die Massen weder ein gemeinsames Motiv noch die notwendigen Kapazitäten haben würden, sich zusammenzufinden, um die herrschende Klasse unter Kontrolle zu halten. ³⁷ Aber anstatt die Form von

tige Kontroll- und Machtverteilungsmechanismen organisierten Verfahrensweisen produzierte, und der bemerkenswerten informellen imperialen »Tragfähigkeit« (*»carrying power«*) der amerikanischen Verfassung für die von uns hier behaupteten Aufgaben.

³⁵ Zitiert nach: William Appleman Williams (1980): *Empire*, a.a.O., S. 61. (deutsch: William Appleman Williams [1984]: *Der Welt Gesetz und Freiheit geben*, a.a.O., S. 55). Jefferson hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Verständnis für die Madisonsche »expansionistische« Perspektive entwickelt, demzufolge die republikanische Freiheit weder mit einem ausgeweiteten Staat noch mit einer starken Bundesregierung unvereinbar war. De Voto fasst Jeffersons Entwicklungsrichtung wie folgt zusammen: »Nach 1803 folgt dem Begriff der »Vereinigten Staaten«, der in Jeffersons Gebrauch bis dato normalerweise ein Pluralverb nach sich gezogen hatte, in zunehmendem Maße stets ein einen Singulargebrauch der »Vereinigten Staaten« andeutendes Verb.« Vgl. Bernard De Voto (1952): *The Course of Empire*. 2. Aufl. (1983), Lincoln: University of Nebraska Press, S. 403

³⁶ Vgl. Michael Hardt/Antonio Negri (2000): *Empire*. Chapter 2.5. (in der deutschen Ausgabe: Teil II, Kapitel 5: *Netzwerk-Macht. Die Souveränität der USA und das neue Empire*).

³⁷ Vgl.: John F. Manley (1994): *The Significance of Class in American History and Politics*. In: L.C. Didd/C. Jilson (Hrsg.) (1994): *New Perspectives on American Politics*. Washington D.C.: Congressional Quarterly Press, dort insbesondere S. 16-19.

dezentrierter und amorpher Macht zu antizipieren, die Hardt und Negri zufolge für die Vereinigten Staaten historisch charakteristisch war (und die ihr heutiges »Empire« kennzeichnet), versorgte das konstitutionelle Rahmengebäude des neuen amerikanischen Staates die zentrale Regierung mit enormen Machtressourcen, den Handel auszuweiten und Kriege zu führen. Bereits 1783 wurde das, was bereits George Washington ehrgeizig das »aufstrebende Imperium«³⁸ nannte, im *Federalist Paper XI* festgehalten. Beschworen wurde hier das Bild eines »einzig großen amerikanischen Systems zur Kontrolle aller transatlantischen Kräfte und Einflüsse, das in der Lage ist, die Bedingungen der Beziehungen zwischen der Alten und der Neuen Welt zu diktieren!«³⁹

Die hier gebrauchte Imperiumsvorstellung wurde selbstverständlich in Bezug zu den anderen merkantilen Imperien des 18. Jahrhunderts gedacht. Aber der Staat, der aus den Ambitionen einer »expansionistischen kolonialen Elite«⁴⁰ – bestehend aus den (von Handwerksbetrieben und kommerziellen Farmern unterstützten) Kaufleuten der Nordstaaten und den Plantagenbesitzern der Südstaaten, die sich gegen das britische formale merkantile Imperium verbündeten – hervorging, deutete bereits in seinen Anfangstagen eine zukünftige Verlaufsform an, die in einer kapitalistischen Entwicklung und in der Herausbildung eines informellen Imperiums gipfelte. Die ursprüngliche Form, die dieses zunächst annahm, war durch die territoriale Westausdehnung bestimmt. In diesem Zusammenhang stand die Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung und die nackte Ausbeutung nicht nur der schwarzen Sklavenbevölkerung, sondern auch der schul-

³⁸ Zitiert nach: William Appleman Williams (1980): *Empire*, a.a.O., S. 43 (deutsch: William Appleman Williams [1984]: *Der Welt Gesetz und Freiheit geben*, a.a.O., S. 38).

³⁹ Clinton Rossiter (Hrsg.) (1999): *The Federalist Papers, No. 11 (Hamilton)*. New York: Mentor, S. 59.

⁴⁰ Vgl. Marc Engel (1988): *A Mighty Empire. The Origins of the American Revolution*. Ithaca: Cornell University Press.

dengebeutelten Subsistenzbauern. Spätestens ab den 1820er Jahren kam dann aber auch die Ausbeutung einer wachsenden Industriearbeiterklasse hinzu. Nichtsdestotrotz konnte sich der neue amerikanische Staat immer noch als eine Verkörperung der republikanischen Freiheit wähen und für eben diese Freiheit von vielen bewundert werden, was weitestgehend der in der föderalen Verfassung eingebetteten Verknüpfung von »extensivem Imperium und Selbstverwaltung« geschuldet war. Bernard de Voto drückte das folgendermaßen aus: »Das amerikanische Imperium sollte nicht merkantilistisch sein. Dennoch war es in einer anderen Hinsicht etwas Neues auf dieser Erde: Der amerikanische Westen sollte nicht aus Kolonien bestehen, sondern aus Staaten.«⁴¹

Tatsächlich waren die »staatlichen Rechte« dieser Staaten keine Luftspiegelung: Sie reflektierten die zwei unterschiedlichen Typen sozialer Verhältnisse – Sklaven und Freie –, auf denen jede folgende Welle neuer Staatenbildung basierte und die ab 1830 die aktive wirtschaftspolitische Rolle des föderalen Nationalstaates beschränkten. Nach den innenpolitischen, zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, die schließlich zum Bürgerkrieg, zur Niederlage der Plantagokratie (*Plantocracy*) – der Herrschaft der großen Plantagenbesitzer – und der Beendigung der Sklaverei führten, stellte die Verfassung des föderalen Nationalstaates ein Rahmenwerk für die uneingeschränkte Herrschaft eines Industriekapitalismus mit dem weltweit größten nationalen Markt zur Verfügung. Jede Versuchung eines formalen Imperialismus qua territorialen Eroberungen im Außenraum war blockiert.⁴² Der Ausgang des Bürgerkrieges erlaubte eine Umstrukturierung der Beziehungen zwischen Finanzkapital, Industriekapital und Staat, in deren Verlauf die administrativen Kapazitäten und Steu-

⁴¹ Bernard De Voto, (1952): *The Course of Empire*. 2. Aufl. (1983) Lincoln: University of Nebraska Press, S. 275.

⁴² Charles C. Bright, (1984): *The State in the United States During the Nineteenth Century*. In: Ders../S. Harding (Hrsg.) (1984): *Statemaking and Social Movements*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

erungsmechanismen des Staates sich vom Merkantilismus entfernten und sich einer erweiterten kapitalistischen Reproduktion zuwandten.⁴³

Hierin liegt die Bedeutung, die Anderson selber der sich entwickelnden juristischen Form des amerikanischen Staates beimisst, durch die »ein uneingeschränktes Eigentumsrecht, eine unbehinderte (zivile) Rechtsprechung und die Erfindung der Konzernstruktur« zu dem führten, »was Polanyi am meisten fürchtete: ein Rechtssystem, das den Markt so weit wie möglich von Bindungen an Gebräuche, Traditionen und Solidarität entkoppelte und dessen abstrakter Charakter sich später gerade auf eine Art und Weise – *American firms like American films* – als in die ganze Welt exportierfähig und auf der ganzen Welt reproduzierbar erwies, mit der kein anderer Konkurrent wirklich mithalten konnte. Die stetige Umwandlung der internationalen Handelsgesetzgebung und ihre schiedsgerichtliche Anpassung an US-Standards zeugen von diesem Prozess.«⁴⁴

Die expansionistischen Tendenzen des amerikanischen Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die den sowohl von nationalen agrarischen Großproduzenten als auch von Industriekapitänen und Financiers der Ära nach dem Bürgerkrieg ausgeübten Druck widerspiegeln, waren sogar noch stärker geeignet, eine informelle Gestalt anzunehmen, als es bei denen des britischen Kapitalismus der Fall gewesen war, obgleich diese Tendenzen nicht auf einer auf Freihandel ausgerichteten Politik basierten. Die Modalitäten der britischen und US-amerikanischen Expansion waren ursprünglich ähnlich. Die Wurzeln der US-amerikanischen Expansion lagen zeitlich tatsächlich weit

⁴³ Vgl. die ersten beiden Kapitel in: Gabriel Kolko (1976): *Main Currents in Modern American History*. New York: Harper Row; sowie: Charles C. Bright (1984): *The State in the United States During the Nineteenth Century*. In: Ders./S. Harding (Hrsg.) (1984): *Statemaking and Social Movements*. Ann Arbor: University of Michigan Press, hier insbesondere S. 143-153.

⁴⁴ Perry Anderson (2002): *Force and Consent*. In: *New Left Review* 17, S. 25.

vor dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898, der üblicherweise als der Auftakt der US-amerikanischen imperialen Expansion angesehen wird. Dies wurde in einem Papier ausführlich dokumentiert, das den kühnen Titel »An Indicator of Informal Empire« trug und für das *US Center for Naval Analysis* angefertigt worden war: Zwischen 1869 und 1897 richtete die US-Marine nicht weniger als 5.980 Anlaufhäfen ein, um den amerikanischen Seehandel mit Argentinien, Brasilien, Chile, Nicaragua, Panama, Kolumbien und anderen Teilen Lateinamerikas zu schützen.⁴⁵

Trotzdem war die Etablierung von kolonialen Stützpunkten in Puerto Rico und auf den Philippinen sowie die Annexion Hawaiis »eine Abkehr (...) von den typischen ökonomischen, politischen und ideologischen Herrschaftsformen, die für den amerikanischen Imperialismus bereits damals charakteristisch sind.«⁴⁶ Das amerikanische informelle Imperium nahm vielmehr aus zwei Gründen bald eine Gestalt an, die sich in ihrer Funktionsweise von der des britischen Imperiums ziemlich unterschied; nämlich durch ausländische Direktinvestitionen amerikanischer Herkunft und durch die moderne Konzernform, die in der *Singer Company* versinnbildlicht ist: Diese etablierte sich als erster multinationaler Konzern, indem sie die kanadische Zollhürde übersprang und eine Tochtergesellschaft für die Produktion von Saatmaschinen für wohlhabende Weizenbauern errichtete.⁴⁷

⁴⁵ S.S. Roberts (ohne Jahresangabe): *An Indicator of Informal Empire: Patterns of U.S. Navy Cruising on Overseas Stations. 1869-1897*. Alexandria, Virginia: Center for Naval Analysis; zitiert nach: William Appleman Williams (1980): *Empire, a.a.O.*, S. 122 (deutsch: William Appleman Williams [1984], *Der Welt Gesetz und Freiheit geben, a.a.O.*, S. 109).

⁴⁶ Gareth Stedman Jones (1970): *The Specificity of US Imperialism*. In: *New Left Review* 60 (erste Reihe), S. 63.

⁴⁷ Vgl. Leo Panitch (1980): *Class and Dependency in Canadian Political Economy*. In: *Studies in Political Economy* 6/1980, S. 7-34; W. Clement (1977): *Continental Corporate Power*. Toronto: McLelland & Stewart; sowie: M. Wilkins (1970): *The Emergence of Multinational Enterprise*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press. Jefferson hatte den (von

Die Vereinbarung des neuen informellen amerikanischen Imperiums mit einer militärischen Interventionspolitik, deren Ziel die Etablierung von Regimen sei, die wüssten, »wie man mit einer vernünftigen Effizienz und Anständigkeit in gesellschaftlichen und politischen Fragen [handele]«, wurde 1904 durch Theodore Roosevelt artikuliert, der sich damit auf die »internationale Polizeimacht« bezog, die angesichts fehlender anderer Mittel zur internationalen Kontrolle auszuüben sei: »[Eine] Nation in dem Begehren, sich Respekt zu verschaffen und anderen Gutes zu tun [erklärte Teddy Roosevelt in einer Sprache, die uns heute wieder äußerst bekannt vorkommt], muss über ein der Arbeit, der sie sich als einem Bestandteil ihrer allgemeinen Pflicht der Welt gegenüber gewidmet hat, angemessenes Druckmittel verfügen (...). Ein großes, freies Volk schuldet es sich selbst und der ganzen Menschheit, vor den Mächten des Bösen nicht in Hilflosigkeit zu versinken.«⁴⁸

der amerikanischen Sorge, die Briten ermutigten die Indianer zum Widerstand gegen die Westausdehnung, angetriebenen) Krieg von 1812 mit den folgenden Worten gerechtfertigt: »Wenn die Briten die Ansprüche, die wir stellen, nicht erfüllen, werden wir uns Kanadas bemächtigen, das der Union beitreten will; und wenn wir mit Kanada zusammengehören, werden uns mit dessen Hilfe auch die Floridagebiete gehören. Dann werden uns unsere Nachbarn keine Schwierigkeiten mehr machen; und dies ist der einzige Weg, sie daran zu hindern.« Der Übergang von dem Drang nach einer kontinentalen Expansion über ein internes Imperium zur Expansion vermittels eines informellen externen Imperiums, für das Kanada das Modell für einen erfolgreichen amerikanischen Imperialismus im 20. Jahrhundert darstellte, wurde beinahe exakt 100 Jahre später angezeigt, als der US-amerikanische Präsident Taft von den »engeren ökonomischen Bindungen« als dem Weg sprach, Kanada zu »einem bloßen Anhängsel der Vereinigten Staaten« zu reduzieren.« Vgl.: William Appleman Williams (1980): *Empire*, a.a.O., S. 63f., S. 132 (deutsch: William Appleman Williams [1984], *Der Welt Gesetz und Freiheit* geben, a.a.O., S. 57, 118).

⁴⁸ Zitiert nach Gilbert Achcar (2002): *The Clash of Barbarisms*. New York: Monthly Review Press, S. 96 (deutsch: Gilbert Achcar [2002]: *Kampf der Barbareien. Der 11. September und die »neue Weltordnung«*. Köln: Neuer ISP-Verlag).

Die amerikanische Genialität in der Präsentation des eigenen US-amerikanischen informellen Imperiums in Bezug auf das Rahmenwerk universeller Rechte erreichte ihren Höhepunkt unter Woodrow Wilson; und, wie es insbesondere während der Pariser Friedenskonferenz offensichtlich wurde, erklimmte sie auch den Gipfel der Verlogenheit, sodass Keynes von Wilson als dem »größten Schwindler der Welt«⁴⁹ sprach. In der Tat waren es nicht lediglich die isolationistischen Tendenzen im US-Kongress, die das Versagen der Vereinigten Staaten, die führende Verantwortung bei der Rekonstruktion Europas nach dem Ersten Weltkrieg zu übernehmen, erklärbar machen, sondern die Unfähigkeit der amerikanischen Apparate rund um das Präsidentenamt, das Finanzministerium und das Militär. Die Ausweitung der Regulierungs- und Verwaltungsinstrumente des amerikanischen Staates unter dem Einfluss des *Corporate Liberalism* in der *Progressive Era*⁵⁰ und die Ausbreitung amerikanischer

⁴⁹ »The greatest fraud on earth«, heißt es wörtlich in einem Brief von Keynes an Duncan Grant, zitiert nach: Nicholas Fraser (2001): *More Than Economist*. In: *Harper's Magazine*, Nov. 2001, S. 80. Es ging hier natürlich um die Ablehnung des amerikanischen Staates, Kriegsschulden der Alliierten zu erlassen, was in der Konsequenz zu den drückenden Reparationszahlungen führte, die Deutschland auferlegt wurden. Vgl. Michael Hudson (1971): *Super Imperialism. The Economic Strategy of American Empire*. New York: Holt Rinehart and Winston.

⁵⁰ Vgl. R. Jeffery Lustig (1982): *Corporate Liberalism. The Origins of American Political Theory. 1890-1920*. Berkeley: University of California Press; sowie: Stephen Skowronek (1982): *Building a New American State. The Expansion of National Administrative Capacities. 1877-1920*. New York: Cambridge University Press. *Anm. d. Übers.*: Eine eingehende Definition des *Corporate Liberalism* nach der instrumentalistischen Staatstheorie-Tradition im Sinne von C. Wright Mills, Ralph Miliband und G. William Domhoff als einer der beiden historischen Strömungen der *Power Elite* im (US-amerikanischen) Staatsapparat, die in ihrer Dominanz das kompromissorientierte Zünglein an der Waage der gesellschaftlichen (Klassen-)Auseinandersetzungen zwischen den reformorientierten *Progressives* und dem konfliktorientierten, mittelständischen *Ultraconservative Policy Bloc* ist, findet sich in: Clyde W. Barrow (1993): *Critical Theories of the State. Marxist, Neo-Marxist, Post-Marxist*. Madison: University of Wisconsin Press, S. 38-40. Vgl. auch: Michael Useem (1984): *The Inner Circle. Large Corporations*

Direktinvestitionen in den 20er Jahren, deren Höhepunkt durch den Kauf Opels durch *General Motors* unmittelbar vor der *Great Depression* markiert wurde (womit man die »praktische Aufteilung« der deutschen Autoindustrie zwischen *General Motors* und Ford besiegelte),⁵¹ stellten entscheidende Entwicklungen dar. Trotzdem dauerte es noch bis zum *New Deal*, dass der US-amerikanische Staat seine modernen Planungskompetenzen entfaltete, die, nachdem sie im Zweiten Weltkrieg erst einmal umgruppiert waren, Amerikas informellen Imperialismus transformierten und umfassend ausweiteten.⁵²

Inmitten der bemerkenswerten Klassenkämpfe der *Great-Depression*-Ära wurden diese Fähigkeiten durch eine »sich insbesondere in Konflikten zwischen der Regierung und dem [US-]Kongress ausdrückende politische Fragmentierung in Verbindung mit sich vertiefenden Spannungen zwischen der Wirtschaft und der Regierung«⁵³ eingeschränkt. Aber der Eintritt Amerikas in den Zweiten Weltkrieg löste nicht nur das Problem der »*State-Building*-Sackgasse der späten 1930er Jahre«, sondern er legte auch den Grundstein für »die unentbehrlichen Grundlagen der US-amerikanischen Nachkriegs-Führungsrolle«. Brian Waddell bemerkt in seiner ausgezeichneten Analyse des Über-

and the Rise of Business Political Activity in the U.S. and the U.K. Oxford: Oxford University Press, S. 114; sowie: G. William Domhoff (1979): *The Powers That Be. Processes of Ruling Class Domination in America*. New York: Vintage Books, S. 117f.

⁵¹ Vgl. Kees Van der Pijl (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*. London: Verso, S. 93.

⁵² Dies beobachteten Charles und Mary Beard in ihrer Analyse des Übergangs vom alten »imperialen Isolationismus« zum neueren »Kollektiven Internationalismus« sogar schon vor dem Krieg; siehe dazu: Charles Beard/Mary Beard (1939): *America in Midpassage*. New York: Macmillan, Band I, 10. Kapitel und Band II, 7. Kapitel.

⁵³ Dieses und alle weiteren Zitate in diesem Abschnitt stammen aus: Charles Waddell (2001): *The War against the New Deal. World War II and American Democracy*. De Kalb: Northern Illinois University Press, S. 4f.; vgl. auch: Rhonda Levine (1988): *Class Struggles and the New Deal*. Lawrence: University of Kansas.

gangs vom *State Building* der *Great Depression* zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg hierzu:

»Die Anforderungen des totalen Krieges (...) ermöglichten die Wiederbelebung des politischen Direktinflusses und der politischen Druckmittel der Konzerne, und der totale Krieg räumte den Konzernchefs innerhalb und außerhalb des Staates einen erheblichen Einfluss auf die Mobilisierungspolitik in Kriegszeiten ein (...). Selbstbewusste Konzernbosse und militärische Führungspersonen bildeten zu Kriegszeiten ein sehr effektives Bündnis, das nicht nur jeglichen vermehrten Einfluss der offiziell regierungsverantwortlichen *New Dealer* blockierte, sondern auch eine mächtige Alternative zum New Deal auf die Beine stellte. Der internationale Aktivismus verdrängte und löste den innenpolitischen Aktivismus in Form des *New Deals* ab.«

Somit war endlich die Bühne frei für ein immens ausgeweitetes und weitaus mächtigeres informelles US-Imperium jenseits seiner eigenen Hemisphäre.

Die amerikanische Rekonstruktion einer kapitalistischen Weltordnung

Die Verschiebung der »Kapazitäten des US-amerikanischen Staates hin zu einer Realisierung international-interventionistischer Ziele anstelle von innenpolitisch-interventionistischen Zielen«⁵⁴ war für die Wiederbelebung der Globalisierungstendenzen des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend. Die Entwicklung in diese Richtung fand nicht nur während der Umstrukturierung des amerikanischen Staates zu Kriegszeiten statt, sondern setzte sich mit der noch radikaleren Umstrukturierung aller Staaten, die den Kern der alten zwischenimperialistischen Konkurrenz gebildet hatten, in der Nachkriegszeit fort. Sie fand auch parallel zu der Vervielfachung neuer Staaten aus den alten Kolonialreichen statt; tatsächlich kann man sagen, dass sie zu diesen Staatsgründungen führte. Unter den zahlreichen Dimensionen dieser neuen Beziehung zwischen Kapitalismus und Imperialismus war die allerwichtigste die Folgende: *Die dichtesten imperialen Netzwerke und institutionellen Verknüpfungen, die vormals in nord-südlicher Richtung zwischen den imperialen Staaten und ihren formalen und informellen Kolonien verlaufen waren, verliefen nun zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen kapitalistischen Hauptstaaten.*

Was das britische Imperium im 19. Jahrhundert nicht in der Lage gewesen war zu managen (ja, woran es im Grunde genommen gar nicht denken konnte), wurde nun durch das amerikanische informelle Imperium vollbracht, dem es gelang, alle ande-

⁵⁴ Brian Waddell (1999): *Corporate Influence and World War II. Resolving the New Deal Political Stalemate*. In: *Journal of Peace Research* 11 (3), S. 2.

ren kapitalistischen Mächte in ein funktionsfähiges Koordinatensystem unter seiner Ägide zu integrieren. Auch ohne die militärische Besetzung durch die Vereinigten Staaten schufen schon die Verwüstung der europäischen und japanischen Ökonomien und die brüchige politische Legitimität der herrschenden Klassen in diesen Ländern unmittelbar nach Kriegsende alleine eine nie zuvor dagewesene Möglichkeit, die der amerikanische Staat nun bereit war, zu seinen Gunsten auszunutzen. Unter diesen Voraussetzungen war die Expansion des amerikanischen Imperiums nach dem Zweiten Weltkrieg auch kaum eine einseitige (geschweige denn einzig und allein auf Zwang basierende) Belastung, sondern häufig ein »Imperialismus auf Einladung« (*»imperialism by invitation«*).⁵⁵

Wie wichtig die Entwicklung des nationalen staatlichen Sicherheitsapparates und die geostrategischen Überlegungen, die die Aufteilung der Welt unter sich und der UdSSR auf der Jalta-Konferenz einrahmte, auch immer waren,⁵⁶ nicht weniger wichtig war die große Aufmerksamkeit, die das Finanzministerium und das Außenministerium während des Krieges Plänen für eine Wiedereinrichtung eines koordinierten liberalen Handelsregimes und einer geregelten Finanzordnung zollten. Diese erreichte man durch die Manipulation des jeweiligen Schuldnerstatus der US-amerikanischen Hauptalliierten, unterstützt durch die vollkommene Herrschaft des Dollars als einer Weltwährung und den Umstand, dass die US-amerikanische Wirtschaft mittlerweile 50% der Weltproduktion ausmachte. Der US-amerikanische Staat hatte seine Lektion aus der Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gelernt, als er sich unfähig gezeigt hatte, eine liberale in-

⁵⁵ Geir Lundestad (1986): *»Empire« by Invitation? The United States and Western Europe. 1945-52*. In: *Journal of Peace Research* 23 (3); vgl. auch: Kees Van der Pijl (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*. London: Verso, 6. Kapitel.

⁵⁶ Vgl. Gabriel Kolko (1968): *The Politics of War. The World and United States Foreign Policy. 1943-1945*. New York: Random House.

ternationalistische Rhetorik mit der institutionellen Verpflichtung, eine internationale kapitalistische Ordnung zu verwalten, zu kombinieren. Mittels der sehr verworrenen gemeinsamen Planung durch das britische und das amerikanische Finanzministerium noch während des Krieges,⁵⁷ d.h. mithilfe des Prozesses, der zum Bretton-Woods-System führte, stellten die US-Amerikaner nicht nur sicher, dass das britische Imperium eine »gewisse Verpflichtung akzeptierte, seine Innenpolitik im Lichte seiner internationalen Auswirkungen auf die Stabilität zu modifizieren«, sondern sie leiteten auch die Liquidierung des britischen Imperiums in die Wege, indem sie »Großbritannien als einen demütigen Bittsteller (*supplicant*) und dementsprechend Untergeordneten in die Arme Amerikas schleuderten – eine Unterordnung, die bis zum heutigen Tag durch die Illusion einer »special relationship« verborgen wird.«.⁵⁸

Aber es waren keineswegs nur die US-Dollars, die hier entscheidend wirkten. Genauso wenig war Großbritannien das einzige Objekt in den Händen des US-amerikanischen neuen informellen Imperiums. Im Mai 1942 legte ein in der Zeitschrift *Fortune* veröffentlichter Aufsatz mit dem Titel »Die USA in einer Neuen Welt: Beziehungen zu Großbritannien« ein Programm für die »Integration der Wirtschaftssysteme Amerikas und Großbritanniens als einer Grundlage für eine noch umfassendere Nachkriegsintegration« dar:

»Wenn eine neue Weltordnung aus diesem Krieg entspringen soll, dann ist es realistisch anzunehmen, dass sie nicht in einer vollständig ausgereiften Form aus einer von fünfzig Staaten abgehaltenen Konferenz hervorgehen wird, die an irgendeinem Tag stattfindet und auf der eine Weltverfassung abgefasst wird. Viel wahrscheinlicher ist, dass sie ein sich Schritt für Schritt heraus-

⁵⁷ Vgl. Eric Helleiner (1994): *States and the Reemergence of Global Finance*. Ithaca: Cornell University Press.

⁵⁸ Robert Skidelsky (2001): *John Maynard Keynes. Fighting for Freedom. 1937-1946*. New York: Viking, S. XXXIII.

bildendes Ergebnis aus den Verfahrensweisen zu Kriegszeiten, so wie wir sie momentan entwickeln, sein wird (...). Wenn die Vereinigten Staaten einen ›Imperialismus des einsamen Wolfes‹ ablehnen werden und sich mit dem Faktum konfrontiert sehen, dass ein Völkerbund oder irgendein anderes allumfassendes Parlament sich nicht in der nahen Zukunft realisieren lassen (...), dann wird [dies] Amerika nicht davon abhalten, Großbritannien einen Vorschlag einer ökonomischen Integration als einen ersten Schritt hin zu einem allgemeinen Rekonstruktionsvorgang anzutragen. Sollte es uns nicht gelingen, mit Großbritannien und den Dominions zu einer Einigung über diese Fragen zu kommen, ist es utopisch, eine größere Verständigung zwischen allen Vereinten Nationen (*all the United Nations*) zu erwarten.«⁵⁹

Diese Schrift wurde von einer langen Kollektivverklärung⁶⁰ der Herausgeber der Zeitschriften *Fortune*, *Time* und *Life* begleitet, die mit der Feststellung begann, dass »Amerika (...) in der Nachkriegswelt als die alleinige stärkste Macht auftauchen [wird], und (...) deshalb die Entscheidung, welche Nachkriegswelt es will, bei ihm [liegt]«. In diesem Zusammenhang riefen sie nach den Spannungen aus der Zeit des *New Deal* nach einem »gegenseitigen Vertrauen zwischen dem Unternehmer und seiner Regierung«, sodass die Regierung ihrer Verantwortung, sowohl »von der Fiskalpolitik als einem Regulationsmechanismus als auch ihrer gesetzgebenden und administrativen Macht zur Forcierung und Pflege des privaten Unternehmertums vermittels der Beseitigung der Schranken seiner natürlichen Expansion Gebrauch zu machen,« gerecht werden könne. Eine solche Politik würde »einen expansionistischen Kontext [hervorrufen], in dem Handelsbeschränkungen, Subventionen, Monopole, restriktive Arbeitsgesetze und -bestimmungen, der Plantagenfeudalismus, die

⁵⁹ *The United States in a New World: I. Relations with Britain. A series of reports on potential courses for democratic action. Prepared under the auspices of the Editors of Fortune*, Mai 1942, S. 9f.

⁶⁰ *Fortune*: »An American Proposal«, Mai 1942, S. 59-63.

Wahlsteuern (*poll taxes*), eine technologische Rückständigkeit, veraltete Steuergesetze und all die anderen einer weiteren Expansion entgegenstehenden Barrieren beseitigt werden können«. Im Bewusstsein darüber, dass »der Aufstieg [des] internationalen Proletariats (...) die einschneidendste Tatsache der letzten zwanzig Jahre (...), bedeutet, dass ein vollständiger internationaler Freihandel, so wie ihn Cobden stets predigte und so wie er von Großbritannien praktiziert wurde, nicht länger eine unmittelbare politische Möglichkeit ist«, ging man davon aus, dass ein freier Handel zwischen den USA und Großbritannien trotz alledem »einen von beiden Ökonomien benötigten Ruck« verursachen würde; und von dieser Basis aus »[würde] der Bereich der Freiheit sich Schritt für Schritt ausbreiten, über die britischen Dominions, über Lateinamerika und vielleicht irgendwann einmal auch über die ganze Welt. Denn tatsächlich ist der Freihandel und nicht ein anstößiger Nationalismus (*bristly nationalism*) das *ultimative* Ziel einer rationalen Welt.« Und in einer untypisch direkten Sprache nannten die Herausgeber dieser Zeitschriften dies einen neuen Imperialismus:

»Somit wird, oder besser gesagt, kann sich ein neuer amerikanischer ›Imperialismus‹, wenn man ihn so nennen sollte, von dem britischen Typus ziemlich unterscheiden. Er kann sogar anders als der unreife amerikanische Typus sein, so wie er unserer Expansion im Spanischen Krieg folgte. Der amerikanische Imperialismus kann es sich leisten, die Arbeit, die der britische Imperialismus begonnen hat, zu vollenden; anstelle von Kaufleuten und Plantagenbauern könnten seine Repräsentanten kluge Köpfe und Bulldozer (*brains and bulldozers*), Techniker und maschinelle Werkzeuge sein. Ein amerikanischer Imperialismus braucht keine Extraterritorialität. Er wird in Asien besser klar kommen, wenn die *Tuans* und *Sahibs*⁶¹ zuhause bleiben (...).

⁶¹ *Anm. d. Übers.:* *Tuan* und *Sahib* sind Begriffe, die von den Ureinwohnern des indischen Subkontinents zur Bezeichnung der Vertreter der britischen Kolonialmacht verwendet wurden. Der Begriff *sahib* entstammt z.B.

Ebensowenig werden die Vereinigten Staaten Angst davor haben, industriellen Konkurrenten dabei zu helfen, ihre eigene Macht zu entfalten (...), denn wie wir wissen, stimuliert die Industrialisierung den internationalen Handel vielmehr, als dass sie ihn einschränkt (...). Ein solcher amerikanischer Imperialismus mag sehr enthaltsam und hochmoralisch klingen. Nichtsdestotrotz bedeutet er für Amerika eine realisierbare Politik, denn es sind Wohlwollen und Freundschaft (und nicht Lebensmittel), die wir vom Rest der Welt am meisten brauchen.«

Die vom amerikanischen Staat entwickelte enorme Führungskraft, deren er bedurfte, um diese Aussicht Wirklichkeit werden zu lassen, wurde nirgendwo eindeutiger bestätigt als während der Bretton-Woods-Konferenz im Jahre 1944. Die für die Gründung des IWF verantwortliche Kommission wurde von dem »New Dealer« Harry Dexter White, der für das amerikanische Finanzministerium anwesend war, zusammengesetzt und scharf kontrolliert, und obgleich Keynes die Mitglieder der Kommission auswählte, aus deren Planung letztendlich die Weltbank hervorging, und obwohl den Keynes unterstehenden Kommissionen auch Nichtamerikaner vorstanden, »[hatten] diese [doch] amerikanische Berichterstatter und Staatssekretäre unter sich, die von White ernannt und instruiert worden waren« und die ebenfalls die Vorbereitungen für »die Herausgabe eines Konferenzjournals [trafen], das täglich erscheinen sollte, um jedermann über die Hauptentscheidungen zu informieren«. Zu dessen Verfügung standen »die Tag und Nacht arbeitenden Massen von Stenotypisten [und] die ›boy scouts‹,⁶² die als Botenjungen und Vertei-

dem Urdu-Wort *pukka sahib*, das aus dem Arabischen entlehnt ist und »Freund« oder »Herr« bedeutet.

⁶² *Anm. d. Übers.*: Leo Panitch prüfte auf meine Anfrage hin die Quelle (siehe folgende Fußnote). Tatsächlich findet sich in Skidelskys Arbeit an dieser Stelle der Begriff »boy scouts«, die amerikanische Entsprechung der deutschen Pfadfinder. Panitch äußerte sich hierzu wie folgt: »Es ist durchaus möglich, dass man bei diesem Treffen uniformierte Mitglieder der lokalen *Boy-Scouts*-Jugendorganisation als Botenjungen verwendete. Allerdings weiß ich nicht, wie man herausfindet, ob das tatsächlich so der Fall war.«

ler dieser Papiere dienten«, die alle in einer solchen »Juristensprache geschrieben waren, die das Verständnis dieser Texte [noch zusätzlich zu] der rauen Menge an unverständlichen Sprachen erschwerte«. Dies war das »kontrollierte Chaos«, so wie es das amerikanische Finanzministerium im Auge gehabt hatte, um »die Auferlegung eines *Fait Accompli* zu erleichtern«. Es passte in diesen Zusammenhang, dass sich jede Delegation schließlich entschied, dass »es besser [sei], dem amerikanischen Finanzministerium in seinem Vorhaben zu folgen, anstatt seinen verstimmtten Kritikern, »die [so drückte es Keynes aus] selber von Unentschlossenheit geprägt sind und über keinerlei Machtressourcen verfügen, ihre Versprechen durchzusetzen (*who do not know their own mind and have no power to implement their promises*)««. Die Konferenz endete mit Keynes' Beitrag zu einem Prozess, in dem 44 Länder »voneinander gelernt hatten, auf dass »die Brüderlichkeit der Menschheit mehr sein wird als nur eine Phrase«. Die Delegierten applaudierten daraufhin euphorisch und man spielte *The Star Spangled Banner*.«⁶³

Mit dem auf amerikanisches Beharren zurückzuführenden Bau der Hauptquartiere des IWF und der Weltbank in Washington D.C. wurde ein Muster für ein bis zum heutigen Tage existierendes internationales Wirtschaftsmanagement zwischen allen führenden kapitalistischen Ländern angelegt, das dadurch gekennzeichnet ist, dass selbst wenn europäische oder japanische Finanzministerien und Zentralbanken Vorschläge machen mögen (*propose*), das amerikanische Finanzministerium und die amerikanische Notenbank Anordnungen treffen (*dispose*).⁶⁴ Die engen institutionellen Beziehungen, die diese Staaten an das amerikanische Imperium binden, wurden – natürlich – auch über die

⁶³ Alle Zitate in diesem Absatz entstammen der Arbeit von Robert Skidelsky (2001): *John Maynard Keynes. Fighting for Freedom. 1937-1946*. New York: Viking, S. 334, S. 348, S. 350f., S. 355

⁶⁴ Dies sind haargenau die Worte, die ranghohe Vertreter der Deutschen Bundesbank uns gegenüber in einem Interview gebrauchten, das wir im Oktober 2002 durchführten.

NATO strukturiert, um gar nicht erst von den Netzwerken zu sprechen, die wir bildlich mit dem Zentrum eines Fahrradreifens und den davon ausgehenden Speichen vergleichen können, die jeden der führenden kapitalistischen Staaten diesem Sinnbild nach an die Polizei- und Sicherheitsapparate der Vereinigten Staaten als einem Teil der Eindämmungsstrategie gegen den Kommunismus zur Zeit des Kalten Krieges banden. Diese sicherheitspolitischen Netzwerke interagierten mit ökonomischen Netzwerken sowie mit neuen Propaganda-, Wissens- und Mediennetzwerken, um die neue imperiale Realität zu erläutern, zu rechtfertigen und zu fördern.

Viele von denen, die die militärischen und sicherheitspolitischen Verknüpfungen des amerikanischen Staates mit den Exekutivapparaten Europas und Japans betonen, tendieren dazu, deren Wurzeln in der Dynamik des Kalten Krieges zu sehen.⁶⁵ Bacevich hat allerdings in einer Betrachtung der amerikanischen Politik aus der Perspektive des Kollapses der Sowjetunion kürzlich Folgendes angemerkt:

»Es ist nicht falsch, die *Grand Strategy* der USA seit Mitte der 1940er bis Ende der 1980er Jahre als ›Eindämmung‹ zu verstehen, die keinen anderen Zweck verfolgte, als die Ausbreitung sowjetischer Macht zu unterbinden, aber es trifft die Sache nicht in ihrem ganzen Umfang (...). Eine solche eingeengte Vorstellung der Strategie im Kalten Krieg behindert unser Verständnis der gegenwärtigen US-Politik aktiv (...). Keine Strategie, die diesen Namen wirklich verdient, ist in ihrer Ausrichtung ausschließlich passiv oder defensiv (...). Die US-amerikanische Hauptstrategie im Verlauf des Kalten Krieges machte nicht nur eine Eindämmung des Kommunismus erforderlich, sondern es bedurfte auch der Ergreifung aktiver Maßnahmen, um die Welt politisch, kulturell und vor allem wirtschaftlich zu öffnen; und dies ent-

⁶⁵ Martin Shaw (2000): *Theory of the Global State*. Cambridge/UK: Cambridge University Press.

spricht genau dem, was führende Politstrategen als ihr Ziel formulierten.«⁶⁶

Was eine sich ausschließlich auf die Außenpolitik, die Sicherheits- und Polizeiapparate konzentrierende Sichtweise ebenfalls verdeckt, ist, wie weitgehend das amerikanische »*Protectorate System*« – wie Peter Gowan es nennt – an der »schrittweisen Veränderung des Wesens des kapitalistischen Zentrums« teilhatte. Denn dieses »*Protectorate System*« führte die »innere Transformation der Sozialbeziehungen innerhalb der Protektorate in die Richtung eines amerikanischen ›fordistischen‹ Akkumulationssystems« mit sich, »[das] die Möglichkeit einer weitgehenden Ausweitung der *inneren Märkte* eröffnete, und in dem die Arbeiterklasse nicht nur die Quelle einer erweiterten Mehrwertextraktion war, sondern auch ein zunehmende Bedeutung erlangendes Konsumtionszentrum für die Realisierung des Mehrwerts bildete«.⁶⁷ Während das neue informelle Imperium den anderen Kernstaaten noch Raum bot, sich selber als »autonome Organisationszentren der Kapitalakkumulation« zu verhalten, wurde die Nachahmung der US-amerikanischen »fordistischen« Technologie- und Verwaltungsformen, die ursprünglich durch die gemeinsamen »Produktivitätsräte« der Nachkriegszeit organisiert und kanalisiert worden war, durch amerikanische Direktinvestitionen massiv verstärkt. Auch in diesem Bereich verschob sich das Zentrum des amerikanischen imperialen Netzwerks hin zu den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, sodass zwischen 1950 und 1970 der lateinamerikanische Anteil an den gesamten amerikanischen Auslandsdirektinvestitionen (ADIs) von 40 auf 20% fiel, während der westeuropäische sich mehr als ver-

⁶⁶ Andrew L. Bacevich (2002): *American Empire. The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, S. 4.

⁶⁷ Peter Gowan (2003): *The American Campaign for Global Sovereignty*. In: Colin Leys/Leo Panitch (2003): *Socialist Register 2003*. London: Merlin Press, S. 5.

doppelte, um schließlich genau so hoch zu sein wie der kanadische Anteil, der bei 30% lag.⁶⁸ Es überraschte kaum, dass aufmerksame Beobachter wie Raymond Aron und Nicos Poulantzas angesichts der europäischen Entwicklung eine tendenzielle »Kanadaisierung« als das Leitmodell der Integration in das amerikanische Imperium betrachteten.⁶⁹

Selbstverständlich implizierte keine dieser Entwicklungen, dass die Nord-Süd-Dimension des Imperialismus der Bedeutungslosigkeit anheimfiel. Sie bedeuteten aber, dass die Beziehungen der anderen kapitalistischen Kernstaaten zur Dritten Welt, einschließlich der Beziehungen zu den eigenen ehemaligen Kolonien, in eine Übereinstimmung mit der US-amerikanischen informellen imperialen Herrschaft gebürstet wurden. Die Länder des kapitalistischen Zentrums mochten weiterhin von dem Graben zwischen Nord und Süd profitieren, allerdings oblagen jegliche Interventionen entweder der amerikanischen Initiative oder sie bedurften zumindest amerikanischer Billigung (wie dies z.B. die Suez-Intervention belegte). Lediglich der amerikanische Staat konnte sich selbst das Recht auf eine Intervention gegen die Souveränität anderer Staaten herausnehmen (was er auch wiederholt auf der ganzen Welt tat); und nur der amerikanische Staat reservierte sich selbst das »souveräne« Recht auf die Missachtung internationaler Regelungen und Normen, wenn dies nötig wurde.

⁶⁸ Michael Barratt Brown (1974): *The Economics of Imperialism*. Middlesex/UK: Penguin, S. 208f.

⁶⁹ Vgl. Raymond Aron (1974): *The Imperial Republic. The United States and the World. 1945-1973*. Cambridge, Massachusetts: Winthrop, dort insbesondere S. 168 und S. 217 (deutsch: Raymond Aron [1975]: *Die imperiale Republik. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945*. Stuttgart/Zürich: Belsar. Die entsprechenden Seiten in der deutschen Ausgabe sind vermutlich S. 203f. und S. 247f.); ebenso: Nicos Poulantzas (1974): *Classes in Contemporary Capitalism*. London: NLB, insbesondere S. 39 und S. 57 (deutsch: Nicos Poulantzas [1975]: *Klassen im Kapitalismus – heute. Studien zur Klassenanalyse 5*. Hamburg: VSA, S. 36f. und 48f.).

In diesem Sinne kann man sagen, dass einzig und allein der amerikanische Staat »aktiv« imperialistisch war.

Obwohl die informell imperiale Herrschaft die »Dritte Welt« auf den gleichen politischen und ökonomischen Stand wie die Länder des kapitalistischen Zentrums setzte, trugen allerdings sowohl das Vermächtnis des alten Imperialismus und das extreme Ressourcenungleichgewicht zwischen dem Marshallplan und den Entwicklungshilfen für die Dritte Welt dazu bei, dass sich globale Ungleichheitsverhältnisse reproduzierten. Den europäischen Staaten gewährte man in der Nachkriegszeit den Entfaltungsspielraum für die Entwicklung einer internationalen ökonomischen Kohärenz und wachsender Binnenmärkte. Die europäische Integration wurde von den USA ausdrücklich als ein Mechanismus für die »europäische Rettung des Nationalstaates, so Alan Milwards passende Formulierung,⁷⁰ unterstützt. Dies allerdings stand im Widerspruch zu der amerikanischen Abneigung gegenüber Strategien der (nachholenden) importsubstituierenden Industrialisierung, denen sich einige Staaten der südlichen Hemisphäre widmeten, um gar nicht erst von der US-amerikanischen Gegnerschaft zu Planungsansätzen für die Entwicklung der Art autozentrischer ökonomischer Basen zu sprechen, die sich die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder selber geschaffen hatten, bevor sie sich eine liberale internationale Wirtschaftsordnung zum Ziel setzten (im Gegensatz zu den geostrategischen Besorgnissen, die die amerikanischen Kriege in Korea und Vietnam dominierten, war es die Opposition gegen einen ökonomischen Nationalismus, der die Involvierung des US-Staates in den Sturz zahlreicher Regierungen von Iran bis Chile determinierte). Angesichts der Schranken der meisten nationalen Märkte in der Dritten Welt bestand das vorhersehbare Resultat in wachsenden globalen Ungleichheiten, selbst wenn es einigen

⁷⁰ Alan S. Milward (2000): *The European Rescue of the Nation-State*. London: Routledge.

wenigen Dritt-Welt-Staaten – wie z.B. Südkorea – gelang, ihre für das neue Imperium geostrategisch wichtige Lage zu einer raschen Entwicklung und Verringerung des Unterschieds zu nutzen.

Trotz alledem war die neue informelle Form imperialer Herrschaft sowohl bezüglich der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt als auch bezüglich der Regionen in der Dritten Welt, in denen sie Kontrolle ausüben und Einfluss geltend machen konnte, im Großen und Ganzen eher von der Überwindung von Grenzen und nicht deren Auflösung gekennzeichnet. Die internationale kapitalistische Ordnung wurde nun nicht vermittels eines formalen Imperiums organisiert und reguliert, sondern tendierte eher zu einer Umstrukturierung von Staaten zu integralen Elementen eines informellen amerikanischen Imperiums. Die Nationalstaaten blieben die primären Medien, mit deren Hilfe (a) die Sozialbeziehungen und Institutionen der Klassen, des Eigentums, der Währung, der Verträge und der Märkte etabliert und reproduziert wurden, und mit denen man (b) die internationale Kapitalakkumulation durchführte. Die immense Ausweitung direkter Auslandsinvestitionen weltweit, unabhängig von den sich verschiebenden regionalen Anteilen an deren Gesamtsumme, bedeutete, dass das Kapital – weit davon entfernt, vor dem Staat fliehen zu können – seine Abhängigkeit auf *viele* Staaten ausdehnte. Gleichzeitig tendierte das Kapital nun als eine effektive gesellschaftliche Gestaltungsmacht innerhalb jedes gegebenen Staates dazu, sowohl ausländisches als auch nationales Kapital durch internationale Verknüpfungen und Projekte zu integrieren. Diese Verstrickungen und Verknüpfungen ließen die Vorstellung von unterscheidbaren nationalen Bourgeoisien zunehmend anachronistisch werden, geschweige denn, dass man von einer Konkurrenz hätte sprechen können, die jener vergleichbar gewesen wäre, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatte.

Eine weitere Dimension dieser neuen Beziehung zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und dem Imperium war in der Folge die *Internationalisierung des Staates* im Sinne der staatli-

chen Übernahme der Verantwortung, die eigene nationale kapitalistische Ordnung auf eine dem Management der internationalen kapitalistischen Ordnung zuträgliche Art und Weise zu verwalten.⁷¹ Für den amerikanischen Staat implizierte die Internationalisierung des Staates allerdings eine besondere Qualität. Es wurde nunmehr notwendig, das amerikanische *National Interest* nicht nur im Hinblick darauf zu definieren, was seiner eigenen kapitalistischen Klasse zu Gute kam, sondern auch im Auftrag der Ausweitung und Reproduktion des globalen Kapitalismus. Fortan spiegelte sich in der Determination, die diese Anforderung mit sich brachte, die Besonderheit des amerikanischen Staates und der amerikanischen Gesellschaft wider, wobei der amerikanische Staat zunehmend verstanden wurde als eine Instanz zur Absicherung des Überlebens des »freien Unternehmertums« in den USA selber vermittelt der Forcierung und Bekräftigung des freien Unternehmertums und des freien Handels auf internationaler Ebene. Diese Auffassung wurde im März 1947 in der berühmten Rede des US-Präsidenten Truman gegen den Isolationismus auf klassische Weise formuliert:

»Ebenso wie 1920 haben wir heute einen entscheidenden Punkt in der Geschichte erreicht. Die Nationalökonomien sind durch den Krieg erschüttert worden. Überall auf der Welt ist die Zukunft ungewiss. Die Wirtschaftspolitiken befinden sich in einem Zustand kontinuierlicher Veränderungen. In diesem von Zweifel und Zögern geprägten Klima wird der entscheidende Faktor die Art von Führung sein, die die Vereinigten Staaten der Welt bieten. Wir sind der Gigant der ökonomischen Welt. Ob wir das nun mögen oder nicht: Das zukünftige Muster der wirtschaftlichen Beziehungen hängt von uns ab (...). Unsere Aus-

⁷¹ Vgl. Robert Cox (1987): *Production, Power and World Order*. New York: Columbia University Press, dort insbesondere S. 254; vgl. ebenfalls Nicos Poulantzas (1974): *Classes in Contemporary Capitalism*. London: NLB, S. 73 (deutsch: Nicos Poulantzas [1975]: *Klassen im Kapitalismus – heute. Studien zur Klassenanalyse 5*. Hamburg: VSA, S. 66).

landsbeziehungen, die politischen und die wirtschaftlichen, sind nicht voneinander zu trennen.«⁷²

Der Kern der Internationalisierung des amerikanischen Staates war enthalten in dem Dokument NSC-68 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahre 1950, das, obwohl es bis 1975 strenger Geheimhaltung unterlag, von Kolko als das »wichtigste Politikdokument der gesamten Nachkriegszeit« bezeichnet worden ist. In aller Deutlichkeit wurde hier das Ziel der Schaffung einer »Welt« formuliert, »in der das amerikanische System überleben und gedeihen kann (...). Selbst falls es die Sowjetunion nicht gäbe, stünden wir vor dem großen Problem (...), daß das Fehlen von Ordnung zwischen den Nationen weniger und weniger erträglich wird.«⁷³

⁷² Rede zur ökonomischen Außenpolitik, gehalten am 6. März 1947 an der Baylor University. Public Papers of the Presidents: <http://www.trumanlibrary.org/trumanpapers/pppus/1947/52.htm>. Zu den Vorbereitungen auf diese entscheidende Rede vgl. Gregory A. Fossendal (1993): *Our Finest Hour. Will Clayton, the Marshall Plan, and the Triumph of Democracy*. Stanford: Hoover Press, S. 213-215.

⁷³ Zitiert nach William Appleman Williams (1980): *Empire*, a.a.O. New York: Oxford University Press, S. 189 (deutsch: William Appleman Williams [1984]: *Der Welt Gesetz und Freiheit geben*, a.a.O., S. 168f.); siehe auch: Gabriel Kolko (1994): *Century of War*. New York: The New Press, S. 397.

Die Reorganisation des amerikanischen Imperiums im neoliberalen Zeitalter

Dieses Muster imperialer Herrschaft etablierte sich in der Phase des Wiederaufbaus nach dem Krieg. Es war eine Epoche, der trotz der dynamischen Kraft des »Goldenen Zeitalters« ein Übergangscharakter innewohnte. Exakt durch die Vorstellung eines »Wiederaufbaus« stellte sich die Frage, was denn nun folgen sollte, sobald die europäischen Ökonomien und die japanische Wirtschaft wieder aufgebaut worden waren und sich zu Konkurrenten der Amerikaner gemausert hatten und sobald sich die günstigen Umstände der Nachkriegsjahre erschöpft hatten.⁷⁴ Darüber hinaus war klar, dass die Kämpfe der Bauern und Arbeiter und der zunehmende ökonomische Nationalismus in der Dritten Welt sowie die wachsende Schlagkraft der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Kernländern Auswirkungen sowohl auf die Profite

⁷⁴ Die besonderen Nachkriegsverhältnisse beinhalteten die Einführung von während des Krieges entwickelten Technologien: Der Anschluss an den Stand der amerikanischen Technologieentwicklung und -methoden (der Abstand hatte sich bereits in den 1930er Jahren vergrößert und während des Krieges natürlich noch weiter verschärft); eine aufgestaute Nachfrage; subventionierte Investitionen in den Wiederaufbau und der Produktivitätsschub neuer (Produktions-)Anlagen – all diese Umstände boten nach der Zerstörung so vieler Werte während der Wirtschaftsdepression und durch den Krieg der Akkumulation enorme Entfaltungsmöglichkeiten. Vgl. Moses Abramowitz (1986): *Catching Up, Forging Ahead, and Falling Behind*. In: *Journal of Economic History* 36 (2), June 1986. Siehe ebenfalls: Moses Abramowitz (1979): *Rapid Growth Potential and Realization. The Experience of the Capitalist Economies in the Postwar Period*. In: Edmund Malinvaud (Hrsg.) (1979): *Economic Growth and Resources*. London: Macmillan. Eine ebenso bedeutende Rolle spielte der amerikanische Staat (1.) bei der Öffnung des europäischen Marktes, (2.) der Bereitstellung finanzieller Hilfen und (3.) für seinen Anteil an der internationalen ökonomischen und politischen Stabilität.

des Kapitals als auch auf die Institutionen der Nachkriegsordnung haben mussten.

Es dauerte nicht länger als eine Generation, bis die den Bretton-Woods-Vereinbarungen inhärenten Widersprüche offen auf dem Tisch lagen. Zur gleichen Zeit, als die europäischen Währungen 1958 vollständig konvertibel wurden, standen alle Voraussetzungen des 1944er-Vertrags auf dem Prüfstand. Die in diesem Abkommen begründeten festen Wechselkurse hingen von den Kapitalkontrollen ab, die nach dem Krieg außer den USA die meisten Länder beibehalten hatten.⁷⁵ Aber genau *die* Internationalisierung des Handels und der direkten Auslandsinvestitionen, die das Bretton-Woods-System (nebst Innovationen im Inland und dem Wettbewerb bei Hypotheken, Kreditwesen, *Investment Banking* und Immobiliengeschäft [*brokerage*], die die Kapazitäten des Finanzsektors in den Vereinigten Staaten stärkten) gefördert hatte, trug *nun* zu der Restauration eines weltweiten Finanzmarktes, der damit einhergehenden Erosion der Kapitalkontrollen und der Verwundbarkeit der fixen Wechselkurse bei.⁷⁶

Als die amerikanische Ökonomie sich von ihrem Kreditgeberstatus verabschiedete und Amerika zu einer Schuldnation wurde, wurden Anfang der 1960er Jahre ernsthafte Bedenken laut, die Welt könne zu dem Zustand der internationalen ökonomischen Fragmentierung und dem ökonomischen Kollaps der Zwischenkriegsperiode zurückkehren. Der Dollar entwickelte

⁷⁵ Der Kollaps des Goldstandards in der Zwischenkriegszeit hatte demonstriert, dass Kapitalmobilität und demokratischer Druck von unten, die jeden »automatischen« Anpassungsprozess einschränkten, mit stabilen Wechselkursen unvereinbar waren.

⁷⁶ Zum Verhältnis von kollabierendem Goldstandard, der Kapitalmobilität und der Entwicklung demokratischer Druckmittel siehe: Barry Eichengreen (1996): *Globalizing Capital. A History of the International Monetary System*. Princeton: Princeton University Press, 2./3. Kapitel. Zu den Entwicklungen in der US-Finanzwelt in den 1970er Jahren selber und deren Auswirkungen auf das Ausland siehe: Michael Moran (1991): *The Politics of Financial Services of Revolution*. London: Macmillan.

sich von einer Wahrung mit einem extrem limitierten Angebot zu einer berschusswahrung, und die in den Bretton-Woods-Vereinbarungen eingebettete Möglichkeit, in den USA jederzeit Dollars gegen Gold eintauschen zu können, geriet langsam ins Wanken.⁷⁷ Aber trotz neu auflebender Spannungen zwischen den USA, Europa und Japan wiederholte sich die Vergangenheit nicht. Die nie fundamental herausgeforderte amerikanische Vorherrschaft sollte auf einer neuen Grundlage reorganisiert werden, und die internationale Integration wurde nicht umgekehrt, sondern sogar noch intensiviert. Aber genau wie frühere Entwicklungen innerhalb des globalen Kapitalismus war auch diese Reorganisation der Weltordnung keine unausweichliche Konsequenz. Was sie ermöglichte – und was dem amerikanischen Staat die Zeit und den politischen Raum bot, die eigenen globalen Ambitionen wiederaufleben zu lassen – war, dass in dieser Krisensituation der frühen 1970er Jahre die amerikanische ideologische und materielle Durchdringung Europas und Japans und die Integration mit Europa und Japan bereits stark genug waren, um jeglichen Rückzug aus der internationalen Ökonomie oder jegliche fundamentale Infragestellung der Fhungsrolle des amerikanischen Staates auszuschließen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten sich zweifelsohne als die militärische Schutzmacht Europas und Japans etabliert, und dieser Umstand wurde auch wahrend der zunehmenden Eroberung amerikanischer Markte durch Europa und Japan bei-

⁷⁷ Zwei Vizeprasidenten der *Citibank* bemerkten bei einem Rückblick auf diese Epoche, dass »es [nicht] überrascht, dass sich die Ökonomen in den späten 60er und frühen 70er Jahren so sicher waren, dass der Zusammenbruch der festen Wechselkurse die ökonomischen Verbindungen zwischen den Ländern weiter schwächen würde.« Vgl. R. Bhagavatula/H. Cleveland (1981): *The Continuing World Economic Crisis*. In: *Foreign Affairs* 59 (3), 1981, S. 600. Vgl. auch Louis Paulys Beobachtung, dass »das internationale monetäre Durcheinander durchaus in der Lage zu sein [schien], die Welt der 1930er Jahre wiederherzustellen.« Louis B. Pauly (1997): *Who Elected the Bankers?* Ithaca: Cornell University Press, S. 100.

behalten. Der ausschlaggebende Faktor bei der Zementierung des neuen imperialen Bundes war allerdings die Existenz der ausländischen Direktinvestitionen, die sich in der Nachkriegszeit zur Hauptform des Kapitalexportes und der internationalen Integration entwickelten. Insbesondere wurden die amerikanischen Konzerne zum Angelpunkt von zunehmend dichteren Netzwerken, und zwar in den Gastgeberländern und grenzüberschreitend: zwischen Investoren, Finanziers und Zielmärkten (*final markets*) (wodurch die liberalisierte Handelsordnung als ein Mittel zur Sicherung von noch engeren internationalen Produktionsnetzwerken weiter ausgedehnt wurde). Selbst dort, wo das Wachstum solcher amerikanischer Investitionen zunächst feindselige Reaktionen hervorrief, machten diese im Allgemeinen einem Wettbewerb um die Anziehung solcher Investitionen Platz, um dann letztendlich in ein Wettstreifen überzugehen, der »amerikanischen Herausforderung« durch Gegeninvestitionen in den Vereinigten Staaten zu begegnen.

Die amerikanischen Auslandsdirektinvestitionen entfalteten im Gegensatz zum Handel einen direkten Einfluss auf die Klassenstrukturen und die staatlichen Formationen der anderen Kernländer.⁷⁸ Spannungen und Allianzen, die innerhalb der nationalen kapitalistischen Klassen entstanden, konnten nun nicht mehr länger in rein »nationalen« Begriffen verstanden werden. Deutsche Autokonzerne folgten zum Beispiel den amerikanischen Autokonzernen in ihrem Wunsch nach europaweiten Märkten; und innerhalb Deutschlands verband die deutschen Autofabrikanten mit den amerikanischen Kraftfahrzeugproduzenten u.a. die gemeinsame Sorge über die Kosten des europäischen Stahls. Jene

⁷⁸ Die »vom amerikanischen Monopolkapital *induzierte Reproduktion* im Innern der anderen Metropolen (...) impliziert (...) in ihrem Innern die erweiterte Reproduktion der politischen und ideologischen Bedingungen [für die] Entwicklung des amerikanischen Imperialismus.« (*Hervorhebungen im Original, Anm. d. Übers.*) Zitiert nach: Nicos Poulantzas (1974): *Klassen im Kapitalismus – heute. Studien zur Klassenanalyse* 5. Hamburg: VSA, S. 40f.

hatten allen Grund, sich vor einer Politik zu hüten, die ausländische Konzerne zugunsten europäischer Konzerne diskriminierte, da dies konsequenterweise bedeutet hätte, die wachsenden eigenen Interessen an Märkten und Investitionen in den Vereinigten Staaten aufs Spiel zu setzen. Und wenn eine Instabilität in Lateinamerika oder anderen »Problemherden« ihre eigenen internationalen Investitionen bedrohte, dann richteten sie sich zu deren Verteidigung eher primär an die Vereinigten Staaten als an ihre eigenen angestammten Nationalstaaten.

Da das amerikanische Kapital eine soziale Kraft innerhalb von jedem europäischen Land ausübte, tendierte das nationale Kapital dazu, »zersetzt« und nicht mehr von einer kohärenten und unabhängigen nationalen Bourgeoisie repräsentiert zu sein.⁷⁹ Die Wahrscheinlichkeit, dass nationales Kapital die amerikanische Vorherrschaft herausfordern sollte – im Gegensatz zu bloßen Bestrebungen, die genauen Bedingungen der amerikanischen Führung neu zu verhandeln – wurde beträchtlich vermindert. Obgleich die westeuropäische und die japanische Ökonomie in der Nachkriegsperiode wieder aufgebaut worden waren, tendierte die Art ihrer Integration in die globale Ökonomie doch dazu, die erfolgreiche Reproduktion ihrer eigenen Gesellschaftsformation an die Regeln und Strukturen der amerikanisch geführten Weltordnung zu koppeln. Wie sehr auch immer die europäischen und der japanische Staat sich jetzt, da lediglich ein Viertel der Weltproduktion auf dem Territorium der Vereinigten Staaten angesiedelt war, eine Neuverhandlung der 1945 getroffenen Vereinbarungen wünschten, hatten doch weder sie selber noch ihre Bourgeoisien das entfernteste Interesse daran, die Hegemonie, die das amerikanische informelle Imperium über ihnen aufgebaut hatte, herauszufordern. »Die Frage für sie heißt«, so for-

⁷⁹ »Diese Zersetzung und Heterogenität der inneren Bourgeoisie erklärt den schwachen, verschiedentlich schubweisen Widerstand der europäischen Staaten gegenüber dem amerikanischen Kapital.« Zitiert nach: Nicos Poulantzas (1974): *Klassen im Kapitalismus*, a.a.O., S. 68

multierte es Poulantzas in den frühen 1970er Jahren, »diese Hegemonie, die sie kennen, einfach wieder zu stärken (...): [worum es in dieser Schlacht geht, ist im Grunde genommen, SG/LP] *die Frage der Aufteilung des Kuchens* [Hervorhebungen im Original].«⁸⁰

In einem solchen Kontext erlangte die Internationalisierung des Staates eine besondere Bedeutung. Im Verlauf der in den 1970er Jahren stattfindenden langwierigen und oftmals verworrenen Neuverhandlungen der Bedingungen, die Europa und Japan – seit dem Ende des Weltkrieges – an das amerikanische Imperium gebunden hatten, akzeptierten schließlich alle beteiligten Nationalstaaten die Verantwortung dafür, die notwendigen *inneren* Verhältnisse für eine anhaltende *internationale* Akkumulation zu schaffen, nämlich: stabile Preise, Beschränkung von Arbeitskämpfen, Gleichbehandlung von Auslandsinvestitionen und nationalem Kapital und keine Restriktionen für abfließendes Kapital. Die tatsächlichen Tendenzen, die sich aus dieser Krise der 1970er Jahre herausbildeten, waren (um noch einmal Poulantzas zu zitieren) »*die interiorisierten Transformationen des Nationalstaates im Hinblick darauf, dass er selbst die Internationalisierung der öffentlichen Funktionen bezüglich des Kapitals in die Hand nimmt* [Hervorhebungen im Original].«⁸¹ Die Nationalstaaten starben also nicht langsam ab, sondern sie erweiterten sogar ihren eigenen Aufgabenbereich.

⁸⁰ Nicos Poulantzas (1974): *Klassen im Kapitalismus, a.a.O.*, S. 78 – *Anm. d. Übers.*: Der Vollständigkeit halber möchte ich hier noch das Zitat in der Form, wie Panitch und Gindin es (auf S. 20 ihres Originalbeitrags) offensichtlich aus der englischsprachigen Ausgabe übernommen haben, anführen, da es m.E. besser illustriert, worum es den Autoren bei diesem Zitat geht: »The question for them is rather to reorganize a hegemony that they still accept (...); what the battle is actually over is the share of the cake.«

⁸¹ Nicos Poulantzas (1974): *Klassen im Kapitalismus, a.a.O.*, S. 74. Zur Internationalisierung des Staates siehe ebenfalls: Robert Cox (1987): *Production, Power and World Order*. New York: Columbia University Press, S. 253-267.

Nicht, dass sie genau Bescheid wussten, was nun im Einzelnen zu tun sei. Die etablierten Strukturen der Nachkriegsordnung boten nicht aus sich selbst heraus einen Ausweg aus dem verallgemeinerten Druck auf die Profitraten in den Vereinigten Staaten und Europa. Sie gaben auch keinen Hinweis darauf, wie die USA ihre eigene ökonomische Grundlage wiederbeleben könnten, um ihre Herrschaft zu konsolidieren. Ebenso wenig lieferten sie eine Antwort auf die Frage, wie Spannungen und Instabilitäten in einer Welt gemanagt werden würden, in der der amerikanische Staat nicht mehr allmächtig, sondern um seiner Herrschaft willen nun vielmehr darauf angewiesen war, mit und durch andere Staaten zu arbeiten. Das kontingente Wesen der neuen Ordnung zeigte sich in der Tatsache, dass eine »Lösung« erst am Ende der 1970er Jahre in Sicht kam, d.h. zwei volle Dekaden, nachdem die ersten Anzeichen von Problemen aufgetreten waren, und beinahe ein Jahrzehnt nach der Dollarkrise der frühen 70er Jahre und nach einer langen Periode, die von falschen Anfängen, Verwirrungen und Experimenten mit unsicherem Ausgang geprägt war.⁸²

Die erste und maßgebliche Antwort der Nixon-Administration, die dramatische Beendigung der Konvertibilität des amerikanischen Dollars im Jahre 1971, stellte die wirtschaftliche Autonomie des amerikanischen Staates angesichts eines drohenden Ansturms auf das Gold wieder her, und die darauf folgende Abwertung des Dollars korrigierte das amerikanische Handelsbilanzdefizit zumindest zeitweilig. Nichtsdestotrotz qualifizierte sich diese Antwort kaum als eine Lösung für die bedeutend größeren Fragestellungen, um die es ging. Der amerikanische Staat bediente sich seiner immer noch dominanten Position, um seine eigene ökonomische Basis zu verteidigen, aber in dieser Defen-

⁸² Zum einen oder anderen Zeitpunkt beinhaltete die Politik im Verlauf der 1970er Jahre zusätzliche Importzölle, Versuche einer Kooperation hinsichtlich der Wechselkurse, Lohn- und Preiskontrollen, Monetarismus und Steuererleichterungen.

sivhaltung war er nicht in der Lage, eine allgemeine Lösung für die Probleme anzubieten, mit denen sich alle entwickelten kapitalistischen Staaten konfrontiert sahen. Er konnte nicht einmal die Grundlage für eine erneuerte dynamische Entwicklung der USA schaffen.⁸³ Gegen Ende der 1970er Jahre, zu einem Zeitpunkt, als sich die amerikanische Wirtschaft einer Flucht sowohl nationalen als auch ausländischen Kapitals gegenüber sah, bestätigte ein Bericht des Präsidenten an den US-Kongress (*Presidential Report*) einen steilen Niedergang in der Wettbewerbsfähigkeit der USA. Es handele sich dabei aber um einen Niedergang, der – so legte dieser Bericht nahe – korrigiert werden könnte, wenn auch nicht ohne eine radikale wirtschaftspolitische Neuorientierung auf die Bekämpfung der anhaltenden nationalen Inflation und den verstärkten Zugang zu großen Vermögensgütern, um damit die Investitionstätigkeit zu beschleunigen.⁸⁴

Von besonderer Bedeutung für die folgenden Entwicklungen war das Bestreben, Kapital im Lande zu halten und neues Kapital anzulocken. Die Öffnung des eigenen Binnenkapitalmarktes und des globalen Kapitalmarktes war eine Chance und gleichzeitig auch ein Zwangsmechanismus für den amerikanischen Staat. Ein liberalisierter Finanzsektor eröffnete die Möglichkeit,

⁸³ Ein Reporter der *New York Times* fasste die treibende unilaterale Aggression hinter der amerikanischen Antwort auf diese Krise in die Worte: »Ganz deutlich geworden ist, dass die Vereinigten Staaten der Welt mit einem einzigen dramatischen Streich gezeigt haben, wie stark sie noch sind (...), indem sie die Verknüpfung zwischen Dollar und Goldreserven gekappt und eine Einfuhrsteuer über 10% erhoben haben. Die Vereinigten Staaten haben aufgezeigt, wer Gulliver ist und wer die Lilliputaner (...); und mit der Bezeichnung ›Lilliputaner‹ sind nicht die Bewohner Nicaraguas oder Gambuns gemeint, sondern Westdeutschland, Japan, Großbritannien und die anderen führenden Industrienationen.« Zitiert nach H.L. Robinson (1973): *The Downfall of the Dollar*. In: *The Socialist Register 1973*. London: Merlin Press, S. 417.

⁸⁴ *Report of the President on U.S. Competitiveness*. Washington D.C.: Office of Foreign Economic Research, U.S. Department of Labor, September 1980.

einen wichtigen Wettbewerbsaspekt auf genau jenes Terrain zu verschieben, auf dem die amerikanische Wirtschaft ihre potentiell größten Vorteile besaß. Trotzdem konnten diese Veränderungen sich nicht als das effektive Instrument amerikanischer Machtausübung erweisen, solange keine anderen ökonomischen und politischen Veränderungen stattgefunden hatten. Die Zwiespaltenheit des amerikanischen Staates bei der Frage nach dem Umgang mit der wachsenden Macht des Finanzkapitals spiegelt sich in seiner Politik wider: 1963 führte man Kapitalkontrollen ein, gewährte aber einschneidende »Ausnahmeregelungen«; und der »Eurodollarmarkt« gab zwar Anlass zur Sorge, doch er wurde ebenso als ein Phänomen anerkannt, das den Besitz von Dollars attraktiver machte und in der Folge das bedeutende Recycling von Petrodollars in die Dritte Welt stimulierte. In den 1970er Jahren verhiess die Liberalisierung der *Wall Street* einen bedeutenden Machtzuwachs, und, wie Duménil und Lévy es überzeugend dargelegt haben, erwies sich dies für die folgenden umfassenderen Veränderungen als besonders bedeutsam.⁸⁵ Allerdings sollten wir diese Entwicklung nicht als eine Machtausweitung auf Kosten des Industriekapitals ansehen. Worum es sich letztendlich handelte, war kein »*financial coup*«, sondern vielmehr eine etwas verspätete Einsicht auf Seiten des amerikanischen Kapitals im Allgemeinen, dass die Verstärkung des Finanzsektors ein essentieller, wenn auch bisweilen schmerzhafter Preis war, den man für die Wiederherstellung der amerikanischen Wirtschaftsmacht zu zahlen hatte.⁸⁶

⁸⁵ G. Duménil/D. Lévy (2002): *The Contradictions of Neoliberalism*. In: Colin Leys/Leo Panitch (2002): *Socialist Register 2002*. London: Merlin Press

⁸⁶ Unsere Interviews mit Schlüsselfiguren der Industrie und der Finanzwelt, darunter Gespräche mit Richard Wagoner, dem Generaldirektor von *General Motors*, im September 2001, und Paul Volcker, dem ehemaligen Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank, der ebenfalls die Verhandlungen mit Chrysler geleitet hat, im März 2003 haben uns in dieser Ansicht bestärkt. Obwohl die Autoindustrie von den mit der Finanzliberalisierung in Zusammenhang stehenden Phänomenen – hohe Zinssätze, der starke

Der kritische »Wendepunkt« in der politischen Ausrichtung kam dann 1979 mit dem »Volcker-Schock«, dem selbst auferlegten Strukturanpassungsprogramm des amerikanischen Staates. Die feste Entschlossenheit der amerikanischen Notenbank, eine innere ökonomische Disziplin vermittle einer Toleranz hoher Zinssätze, die auf historische Höchststände kletterten, durchzusetzen, führte zu einer entscheidenden Reorganisation von Lohnarbeit und Industrie und stattete die Geldmärkte und die Zentralbank mit dem von ihnen gewünschten Vertrauen aus. Gemeinsam mit der im Allgemeinen stärker neoliberalen Politik, die sich im Laufe der 1980er Jahre zu einem verhältnismäßig kohärenten kapitalistischen Wirtschaftsparadigma entwickelte, eröffnete die neue, staatlich untermauerte Macht der Finanzen die Bühne für das, was man später überall als »Globalisierung« bezeichnete: der beschleunigte Drang zu einer nahtlosen Welt der Kapitalakkumulation.

Die Mechanismen des Neoliberalismus (die Ausweitung und Vertiefung der Märkte und des Wettbewerbsdrucks) mögen nun zwar ökonomischer Natur sein, aber der Neoliberalismus war seinem Wesen nach eine *politische* Antwort auf die demokratischen Errungenschaften, die sich die unteren Klassen bis dahin erkämpft hatten und die sich – in einem neuen Kontext und aus der Sicht des Kapitals – zu einer Schranke für die Akkumulation entwickelt hatten. Der Neoliberalismus beinhaltete nicht einfach nur die Umkehrung dieser Errungenschaften, sondern er schwächte ihre institutionellen Grundlagen. Letzteres schloss eine Verschiebung in der Hierarchie des Staatsapparates in den USA hin zum Finanzministerium und der Notenbank auf Kosten der alten *New-Deal*-Behörden und *New-Deal*-Institutionen mit ein. Selbstverständlich waren die Vereinigten Staaten nicht das einzige Land der Welt, das eine neoliberale Politik bei sich einführte,

Dollar und die verringerte Konsumentennachfrage – tatsächlich besonders hart getroffen wurde, betrachteten die führenden Industriellen diese Richtung in den 1980er und 1990er Jahren als die einzige Alternative.

aber nachdem der amerikanische Staat sich einmal in diese Richtung bewegt hatte, erhielt er einen neuen Stellenwert: Der Kapitalismus operierte nun unter »einer neuen Form gesellschaftlicher Herrschaft« (*»a new form of social rule«*),⁸⁷ die (a) die Wiederbelebung der produktiven Basis für die amerikanische Dominanz, (b) ein universelles Modell für die Restauration der Profite in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern und (c) die ökonomischen Voraussetzungen für eine Integration des globalen Kapitalismus versprach und auch weitgehend einhielt.

Im Laufe der nun folgenden ökonomischen Reorganisation wurde die amerikanische Lohnarbeiterklasse weiter geschwächt, womit dem amerikanischen Kapital eine noch bessere Wettbewerbsflexibilität im direkten Vergleich mit Europa verschafft wurde. Ineffizient arbeitende Firmen wurden gesäubert und ausgesiebt – und dies war ein Vorgang, der in den 1970er Jahren eingeschränkt gewesen war. Bestehende Firmen strukturierten sich im Innern um, lagerten (Produktions-)Prozesse hin zu kosteneffizienteren und stärker spezialisierten Zulieferern aus, verlagerten ihre Standorte in den sich zunehmend urbanisierenden Süden und fusionierten mit anderen Firmen. All diese Vorgänge waren Teil einer beschleunigten Reallokation des Kapitals innerhalb der amerikanischen Wirtschaft. Das neue Vertrauen der globalen Investoren (einschließlich der *Wall Street* selber) in die amerikanische Wirtschaft und den amerikanischen Staat verschaffte den USA einen relativ kostengünstigen Zugang zu globalen Vermögen und verbilligte so schließlich das Kapital in den Vereinigten Staaten. Mit den vorhandenen Kapitalpools von Unternehmen wurden die Investitionen für die Entwicklung neuer Technologien eingesetzt, die auch über öffentliche Subventionen in militärische Entwicklungsprogramme vorangetrieben

⁸⁷ Dieser Begriff ist einem Vortrag von G. Albo und T. Fast entnommen, der auf der vom 27. bis 29. September 2002 in Wake Forest/North Carolina abgehaltenen *Conference on the Convergence of Capitalist Economies* präsentiert wurde und den Titel »Varieties of Neoliberalism« trug.

wurde. Umgekehrt fanden diese neuen Technologien in Strategien der Umstrukturierung der Verwaltung Verwendung, und somit breiteten sie sich auch über Sektoren aus, die weit diesseits des »Hochtechnologiebereichs« lagen. Der US-amerikanische Anteil an der Weltproduktion verringerte sich nun nicht mehr länger. Fortan betrug er stetig etwa ein Viertel des Gesamtumfangs und dies bis ins 21. Jahrhundert hinein.

Der amerikanischen Wirtschaft gelang es in den 1980er Jahren nicht nur, ihren Niedergang umzukehren, sondern sie setzte auch die Maßstäbe für das ihr nachfolgende europäische und japanische Kapital.⁸⁸ Das wiederhergestellte Vertrauen auf Seiten des amerikanischen Kapitals konsolidierte den Kapitalismus als weltweites Projekt durch die Entwicklung neuer formaler und informeller Mechanismen der internationalen Koordination. Der Neoliberalismus untermauerte die materiellen und ideologischen Verhältnisse für eine garantierte Gleichbehandlung ausländischen Kapitals in jeder Gesellschaft und für eine »Konstitutionalisierung« des freien Waren- und Kapitalaustausches, wobei diese »Konstitutionalisierung« bzw. Festschreibung über die NAFTA, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die WTO geleistet wurde (die WTO war eine erweiterte, aber schlagkräftigere Version des GATT-Abkommens).⁸⁹ Der einzigartige Zugang der amerikanischen Wirtschaft zu den globalen Geldvermögen vermittelte der zentralen Stellung der *Wall Street* innerhalb der globalen Geldmärkte erlaubte es dieser, unbegrenzt zu importieren, ohne dabei andere Ziele aufs Spiel zu setzen. Dies brachte dem amerikanischen Staat letztlich die – nicht notwendigerweise beabsichtigte – Funktion des »*Importer of Last Resort*« ein, die überall die Auswirkungen von Konjunkturerinbrüchen eindämmte. Gleichzeitig wurde hierdurch auch die Abhän-

⁸⁸ Vgl. Sam Gindin/Leo Panitch (2002): *Rethinking Crisis*. In: *Monthly Review*, November 2002.

⁸⁹ Vgl. Stephen Gill (2003): *Power and Resistance in the New World Order*. London: Palgrave-Macmillan, S. 131ff. und S. 174ff.

gigkeit ausländischer Investoren und Exporteure vom US-Markt und von der Politik der USA verstärkt. Obwohl die amerikanische Notenbank sich vorgeblich nur mit Belangen der nationalen Politik beschäftigte, behielt sie doch ein wachsames Auge auf den internationalen Kontext; und das amerikanische Finanzministerium, dessen relativer Stellenwert innerhalb des Staates während der Nachkriegsära geschwankt hatte, nahm nun im Verlauf der 1980er und 90er Jahre die Funktion eines globalen makroökonomischen Managers an, womit es seinen Status auf dem Gipfel der hierarchischen Ordnung des US-Staatsapparates noch ausbaute.⁹⁰

Die G7 bildeten sich als ein Forum für die Finanzminister heraus, in dessen Rahmen globale Entwicklungen diskutiert, der Konsens zu Problemen und Richtungen hergestellt und auf konkrete und kontrollierte Weise jede notwendige Wechselkursanpassung vorgenommen werden kann. Die Vereinigten Staaten erlaubten es der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – als einer der hauptsächlich internationalen Koordinierungsinstitutionen – wieder, eine größere Funktion zu erfüllen, um im Kontext der gewachsenen Rolle, die zunehmend »unabhängige« Zentralbanker spielten, die Normen der Kapitaladäquanz⁹¹ für die Bankensysteme zu verbessern. Auch der IWF und die Weltbank wurden umstrukturiert. Der IWF verschob seinen Schwerpunkt von der »Bereinigung« von Zahlungsbilanzproblemen auf die Beschäftigung mit strukturellen Wirtschaftskrisen in Drittwelt-Ländern (gemäß den 1976 zuallererst Großbritannien auferlegten Grundsätzen), und er verwandelte sich zunehmend zu dem Medium für die Einhaltung eines bestimmten Typus von

⁹⁰ Vgl. Leo Panitch (2000): *The New Imperial State*. In: *New Left Review*, 2/2000.

⁹¹ Kapitaladäquanz: das Risiko, dass ein Kreditnehmer seine Verpflichtung gegenüber dem Gläubiger nicht erfüllen kann, auch Adressatenausfallrisiko genannt. Banken müssen daher über eine angemessene Eigenkapitalausstattung im Hinblick auf die Marktrisiken aus den Handelsaktivitäten von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten verfügen. (Anm. d. Red.).

Bedingungen im Austausch gegen die Gewährleistung von Krediten, wobei diese Bedingungen von den Interessen des globalen Kapitals geprägt waren. Die Weltbank unterstützte diese Vorgänge, obgleich sie ab den 1990er Jahren ihre Aufmerksamkeit auf das *Capitalist State-Building*, das heißt auf die Herausbildung dessen, was sie »*Effective States*«, leistungsfähige Staaten, nannte, konzentrierte.⁹²

Die Reorganisation des amerikanischen Imperiums auf diese bemerkenswert erfolgreiche Weise in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bedeutete nicht, dass der globale Kapitalismus eine neue, höhere Stufe der Stabilität erreicht hätte. Tatsächlich könnte man sagen, dass eine dynamische Instabilität und Kontingenz systemhaft in diese reorganisierte Form des Imperiums eingeschlossen sind. Das hängt zu einem großen Teil damit zusammen, dass der für den Neoliberalismus charakteristische intensivierte Wettbewerb und die Hypermobilität der finanziellen Liberalisierung die ungleiche Entwicklung und die der Weltordnung innewohnende extreme Volatilität verschlimmern. Diese Instabilität wird noch zusätzlich auf dramatische Weise durch die Tatsache verstärkt, dass der amerikanische Staat diese Ordnung nur mit und durch andere Staaten aufrecht erhalten kann und die Aufgabe, alle diese Staaten – nach den Maßgaben des globalen Kapitalismus – in »*leistungsfähige*« Staaten umzuwandeln, nicht leicht ist. Dass der amerikanische Imperialismus sich heute in zunehmend unverhüllter Form präsentiert, liegt an dem Bestreben des amerikanischen Staates, diese Probleme, insbesondere in der direkten Auseinandersetzung mit den von ihm so genannten »Schurkenstaaten« in der »Dritten Welt«, anzugehen.

⁹² Vgl. Leo Panitch (1998): »*The State in a Changing World*«: *Social-Democratizing Global Capitalism?* In: *Monthly Review*, Oktober 1998.

Jenseits der zwischenimperialistischen Konkurrenz

Wir können den heutigen Imperialismus nicht mit Begriffen der ungelösten Krise der 1970er Jahre verstehen, also mit einer Überakkumulation und einem exzessiven Wettbewerb, die beide der zwischenimperialistischen Konkurrenz wieder zum Aufstieg verhalfen. Die Unterschiede beginnen schon bei der Tatsache, dass die damalige imperialistische Epoche von der relativen ökonomischen Stärke Europas und Japans gekennzeichnet war, während derzeit ihre relative *Schwäche* hervorgehoben wird. Die Sorge um das amerikanische Handelsbilanzdefizit scheint beide Perioden zu überlappen, allerdings haben sich der Kontext und der Inhalt dieser Besorgnis radikal verändert. Ehedem, als das amerikanische Defizit sich gerade bemerkbar machte, wurde es allgemein als ein selbst kurzfristig nicht aufzuhaltendes Problem angesehen. Das damalige amerikanische Handelsbilanzdefizit wurde von ausländischen Zentralbankern als Export der amerikanischen Inflation in ihre Heimatländer charakterisiert. Heutzutage ist die globale Ökonomie nicht nur daran gewöhnt, seit einem nun beinahe ein Vierteljahrhundert währenden Zeitraum mit einem amerikanischen Handelsbilanzdefizit zu leben, sondern die globale Stabilität hat sich mittlerweile in ein Abhängigkeitsverhältnis von eben diesen Defiziten begeben. Das bedeutet, dass die Aussicht auf eine Behebung dieses Defizits heute die eigentliche Bedrohung ist. Die Gefahr besteht in einer drohenden Deflation. In der vorherigen Epoche befanden sich die globalen Finanzmärkte noch in ihrem Anfangsstadium. Die große Frage, die diese Entwicklung aufwarf, war die nach dem Einfluss dieser globalen Finanzmärkte auf das nationale und internationale Makromanagement, einschließlich der internationalen

Rolle des amerikanischen Dollars. Die nachfolgende explosive Entwicklung der Finanzmärkte führte allerdings zu Finanzstrukturen und Finanzströmen, die heute die »Finanzen« selber zu einem Brennpunkt des globalen Makromanagements gemacht haben, ganz gleich, ob es darum geht, die Disziplin der Akkumulation zu verstärken, das Kapital über Sektoren und Regionen hinweg zu verlagern, die Kreditvergabe für konsumtive und produktive Zwecke (für die Aufrechterhaltung auch nur des bescheidensten Maßes an realem wirtschaftlichem Wachstum) zu gewährleisten oder die Fähigkeit der US-Wirtschaft zu unterstützen, die globalen Vermögen anzulocken, die für die Reproduktion des amerikanischen Imperiums erforderlich sind.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, wie unbesonnen und unreflektiert heute der Begriff der »Konkurrenz« (»*rivalry*«) gebraucht wird, um den ökonomischen Wettbewerb zwischen der Europäischen Union, Japan (oder Ostasien ganz allgemein) und den Vereinigten Staaten zu beschreiben. Die deutliche und zutreffende Aussagekraft, die dieser Begriff im Zusammenhang mit der Epoche vor dem Ersten Weltkrieg hatte, als die ökonomische Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten in der Tat mit vergleichbaren militärischen Kapazitäten einherging und Lenin den Anspruch geltend machen konnte, dass »imperialistische Kriege absolut unvermeidlich [sind]«,⁹³ ist im gegenwärtigen Kontext überwältigender militärischer Vorherrschaft der USA zweifellos unzureichend geworden. Aber auch darüber hinaus spricht gegen diesen Begriff eine entschiedene ökonomische und auch militärische Integration, die wir zwischen den führenden kapitalistischen Mächten heute vorfinden können.

⁹³ V.I. Lenin: Preface to the French and German editions of *Imperialism*, S. 674. In der deutschen Ausgabe, aus der an dieser Stelle zitiert wird: W.I. Lenin (1970): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß*. In: Derselbe (1970): *Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band II*. 2.Aufl. Berlin (Ost): Dietz Verlag, S. 649.

Der Terminus »Konkurrenz« (*»rivalry«*) bläst den ökonomischen Wettbewerb zwischen den Staaten weit über das hinaus auf, was dieser in der realen Welt von heute bedeutet. Die Vorstellung einer transnationalen kapitalistischen Klasse, die von jeglicher staatlichen Bindung losgelöst ist und einen supranationalen Globalstaat ausbrütet, ist freilich weit übertrieben.⁹⁴ Das Gleiche gilt aber auch für die Vorstellung von einer Rückkehr zu rivalisierenden nationalen Bourgeoisien. Die aus der gegenseitigen Durchdringung und Integration der führenden kapitalistischen Länder entstandenen asymmetrischen Machtbeziehungen unter der Schirmherrschaft eines informellen amerikanischen Imperiums haben sich in den Jahren nach der Krise des »*Golden Age*« und dem damit einhergehenden verstärkten Konkurrenzkampf und der korrespondierenden Kapitalmobilität nicht (einfach) aufgelöst; vielmehr wurden sie im Verlauf der Ära einer neoliberalen Globalisierung umgemodelt und rekonstituiert. Nichts hiervon bedeutet, dass Staats- und Wirtschaftsstrukturen homogen geworden sind oder dass es keine Divergenzen in vielen Politikbereichen gibt oder dass Widersprüche und Konflikte in der imperialen Ordnung nicht existieren. Aber diese Widerspruchs- und Konfliktlinien verlaufen nicht so sehr entlang der Beziehungen zwischen den führenden kapitalistischen Staaten, sondern sie verlaufen innerhalb dieser Staaten selbst, nämlich, wenn sie versuchen, die inneren Prozesse der Akkumulation, der Legitimation und der Klassenkämpfe zu verwalten. Dies trifft nicht weniger auf den amerikanischen Staat zu, während er versucht, die komplexen Zusammenhänge einer neoimperialen Globalisierung zu verwalten und zu managen.

⁹⁴ Vergleiche W. Ruigrok/R. Van Tulder (1995): *The Logic of International Restructuring*. London: Routledge (insbesondere das 6. und 7. Kapitel) mit: W.I. Robinson (1998): *Beyond Nation-State Paradigms*. In: *Sociological Forum*, 13 (4); siehe ebenfalls die Debatte zu: W.I. Robinson (2000): *Towards a Global Ruling Class?* In: *Science and Society*, 64 (1), 2000, im »Symposium« der Ausgabe 65 (4) der gleichen Zeitschrift von 2001/02.

Ebensowenig kann man behaupten, dass die Entwicklung der Europäischen Union eine Theorie der zwischenimperialistischen Konkurrenz für unsere heutige Zeit relevant werden lässt.⁹⁵ Anfangs in ihren Bestrebungen durch den amerikanischen Staat unterstützt, ist ihre Entwicklung in den letzten Jahren zu einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zur und einschließlich der Einführung des Euro und der Bildung der Europäischen Zentralbank weder auf Opposition des amerikanischen Kapitals innerhalb Europas noch auf Widerstand des amerikanischen Staates gestoßen. Was die EU bisher in Bezug auf den Freihandel und die Kapitalmobilität innerhalb ihrer Grenzen erreicht hat, passte eher zu der amerikanisch geführten »*new form of social rule*«, die der Neoliberalismus repräsentiert, als dass es diese herausgefordert hätte; und was die EU hinsichtlich der Integration der europäischen Kapitalmärkte erreicht hat, implizierte nicht nur die stärkere Durchdringung durch das amerikanische Investment-Banking mit seinem Leitprinzip des *Shareholder Value*, sondern es basierte ebenfalls, wie John Grahl aufzeigte, »auf der Deregulierung und Internationalisierung des US-Finanzsystems«.⁹⁶

⁹⁵ Ausführlicheres zu dieser Argumentation in: Sam Gindin/Leo Panitch (2003): *Euro-capitalism and American Empire*. In: *Studies in Political Economy*. Herbst 2003 (deutsch: Leo Panitch/Sam Gindin [2003]: *Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus*. In: Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe [Hrsg.] [2003]: »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie. Hamburg: VSA, S. 113-144).

⁹⁶ John Grahl (2001): *Globalized Finance. The Challenge of the Euro*. In: *New Left Review*, 8/2001, S. 44; vgl. ebenfalls John Grahls ausgezeichnete Arbeit »Notes on Financial Integration and European Society«, die auf einem – auf der Konferenz »The Emergence of a New Euro-Capitalism« im Oktober 2002 gehaltenen – Vortrag basiert (*Anm. d. Übers.*: auf deutsch erschienen unter dem Titel »Finanzintegration und europäische Gesellschaft, in: Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe [2003]: »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie. Hamburg: VSA). Zur zunehmenden Übertragung amerikanischer Managementpraktiken in Europa siehe: M. Carpenter/S. Jefferys (2000): *Management, Work and Welfare in Western Europe*. London: Edward Elgar.

Die Hürden auf dem Weg zum Aufbau einer eigenständigen europäischen Armee wurden, einmal ganz abgesehen von den schwindelerregenden ökonomischen Kosten, die ein solches Unternehmen (insbesondere vor dem Hintergrund eines relativ langsamen Wachstums) verursachen würde, recht schnell aufgezeigt, als die USA in dem von allen europäischen Regierungen getragenen Krieg gegen das ehemalige Jugoslawien um das Kosovogebiet sehr deutlich zum Ausdruck brachten, dass die NATO der ultimative Polizist Europas bleiben würde.⁹⁷ Aber dies brachte lediglich noch einmal eine Tatsache ins Bewusstsein, über die pragmatisch orientierte Politiker in Europa nie irgendwelche Illusionen gehegt hatten. Die Abhängigkeit von amerikanischer Militärtechnologie und -sicherheit wäre immer noch so einschneidend, dass selbst die Vereinigten Staaten »eine europäische Streitmacht, die als ein effektiver, wenn auch inoffizieller, verlängerter Arm der NATO dienen würde, anstatt ein Ersatz für sie zu sein«, als »durchaus der Mühe wert«⁹⁸ erachten. Auf der europäischen Seite wiederum zollte der deutsche Außenminister Joschka Fischer dem Umstand, dass »das transatlantische Verhältnis unverzichtbar [ist]«, auf ähnliche Art und Weise Anerkennung. »Die Macht der Vereinigten Staaten ist ein entscheidender Faktor für Frieden und Stabilität in der Welt. Ich glaube nicht, dass Europa jemals stark genug sein wird, alleine für seine eigene Sicherheit zu sorgen.«⁹⁹ Sehr wahrscheinlich ist es eben genau die Einsicht in diese Realität, die den Kern der häufig geäußerten Unzufriedenheit unter den europäischen Elitezirkeln ausmacht, die sich über die Tendenz der gegenwärtigen amerikanischen Führung beschwerten, sie ausdrücklich als bloße »Juniorpartner« zu behandeln. Mancherorts wurde zwar betont, dass das Ende des

⁹⁷ Vgl. Peter Gowan (2000): *Making Sense of NATO's War on Yugoslavia*. In: *Socialist Register 2000*. London: Merlin Press.

⁹⁸ W.A. Hay/H. Sichertman (2001): *Europe's Rapid Reaction Force. What, Why, and How?* In: *Foreign Policy Research Institute*, Februar 2001.

⁹⁹ *Economist*, 27. Mai 2003.

Kalten Krieges die europäische Abhängigkeit von dem amerikanischen Militärschutzschirm verringert und Europa deswegen eine größere Befreiheit für die Verfolgung der eigenen Interessen erlangt hat. Allerdings hat dieselbe Entwicklung den Vereinigten Staaten auch zu einer größeren Freiheit verholfen, die europäischen Empfindlichkeiten zu ignorieren.

Was Ostasien betrifft, von dem man annehmen könnte, dass der hochzentralisierte Charakter des japanischen Staates diesen mit dem imperialen Potential ausstatten könnte, das der verhältnismäßig lose gestrickten EU fehlt, so ist klar geworden, dass Ostasien sogar über noch geringere Kapazitäten für eine von den USA unabhängige regionale, geschweige denn globale Führungsrolle verfügt.¹⁰⁰ Besonders dick unterstrichen wurde dieser Umstand durch das amerikanische Finanzministerium während der Ostasienkrise 1997/98 (insbesondere durch die direkte Intervention von Rubin und Summers), als es mitten im japanischen Hinterhof ein hartes Auflagenpaket diktierte.¹⁰¹ Diejenigen, die die japanische Handelsdurchdringung des amerikanischen Marktes und Japans massive direkte Auslandsinvestitionen in den Vereinigten Staaten in den 1980er Jahren als den Ausdruck einer zwischenimperialistischen Konkurrenz interpretierten, hatten eine irreführende ökonomistische Perspektive eingenommen. Japan bleibt weiterhin von den amerikanischen Märkten und der Investitionssicherheit in den USA abhängig, und die japanische Zentralbank ist tunlichst bestrebt, amerikanische Dollars zu kaufen, um dadurch den Fall des Dollars und den Einfluss eines solchen Falls auf den Yen zu begrenzen. Und während es vielleicht

¹⁰⁰ Vgl. Dan Bousfield (2003): *Export-Led Development and Imperialism. A Response to Burkett and Hart-Landsberg*. In: *Historical Materialism*, 11 (1), 2003, S. 147-160. Das Gegenargument hinsichtlich Japans »Leadership from Behind« ist am besten dargelegt in: Giovanni Arrighi/Beverly Silver (Hrsg.) (1999): *Chaos and Governance in the World-System*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

¹⁰¹ Vgl. Leo Panitch (2000): *The New Imperial State*. In: *New Left Review*, 2/2000.

durchaus möglich ist, dass China irgendwann einmal als ein Pol der zwischenimperialistischen Macht (*inter-imperial power*) auftreten wird, ist es dennoch offensichtlich, dass es noch einige Jahrzehnte von der Erreichung einer solchen Position entfernt ist. Die Tatsache, dass bestimmte Elemente im US-amerikanischen Staat heute damit beschäftigt sind sicherzustellen, dass ihre »unipolare« Macht zur Verhinderung des morgen möglichen Aufstiegs imperialer Rivalen eingesetzt wird, kann kaum als ein Beweis dafür angesehen werden, dass solche Rivalen heute schon existieren.

Im Laufe der 1990er Jahre stand nicht nur die buchstäbliche Deflation der japanischen Wirtschaft, sondern auch das langsame Wachstum und die hohe Arbeitslosigkeit in Europa in krassem Gegensatz zu dem amerikanischen Boom. Und wenn Donald Sassoon recht hatte mit seiner Aussage, dass »die eigentliche politisch tagesaktuelle Frage der 1950er Jahre [es war], wie man die europäische Version der amerikanischen Gesellschaft verwirklichen« könnte,¹⁰² dann sah es so aus, als sei dies in den 1990er Jahren – zumindest hinsichtlich der Nachahmung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik und des *Shareholder-Value*-Prinzips – wieder der Fall. Angesichts des Endes dieser Boomphase und angesichts des wachsenden US-Handels- und Haushaltsdefizits sind heute neue Vorhersagen eines amerikanischen Niedergangs und zwischenimperialistischer Konkurrenz Allgemeinplätze geworden. Die Frage nach der Haltbarkeit des amerikanischen Imperiums kann allerdings – genauso wenig wie in den 1970er Jahren – mit solchen Kurzzeitmessungen und ökonomistischen Analysen (*short-term and economic measures*) beantwortet werden. Damals sprach Poulantzas zu Recht in einem verächtlichen Ton von »de[n] verschiedenen aktuellen ›futurologischen‹ Analysen, die die relative ›Stärke‹ oder ›Schwäche‹ der amerikanischen und europäischen ›Ökonomien‹ be-

¹⁰² Donald Sassoon (1996): *One Hundred Years of Socialism*. London: I.B. Taurus, S. 207.

treffen, mit Analysen, die die Fragen der innerimperialistischen Widersprüche in Form von ›Wettbewerbsfähigkeit‹ und ›Konkurrenz‹ der ›nationalen Volkswirtschaften‹ aufwerfen. Sie gehen im allgemeinen nur von ›ökonomischen Kriterien‹ aus, die an sich betrachtet nicht viel bedeuten, (...) und [trotzdem] extrapolieren [solche Analysen] sie auf vollkommen willkürliche Weise (...).«¹⁰³

Das soll nicht heißen, dass die gegenwärtige ökonomische Konstellation keine ernsthaften ökonomischen Probleme für jeden Staat im globalen Kapitalismus offenbart, einschließlich dem amerikanischen. Aber diese Probleme spiegeln nicht die Fortsetzung der Krise der 1970er Jahre wider, sondern vielmehr neue Widersprüche, zu denen der dynamische globale Kapitalismus geführt hat. Der Neoliberalismus hat diese neuen Problematiken selber hervorgerufen: die Synchronisierung der Rezessionsphasen, die Deflationsdrohung, die Abhängigkeit der Welt von amerikanischen Märkten und die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von zuströmendem Kapital zur Deckung seines Handelsdefizits. Tatsächlich existiert eine systemische Komplexität im heutigen globalen Kapitalismus, die – selbst in ihrem Zentrum – Instabilitäten und sogar Krisen einschließt. Nichtsdestotrotz müssen diese Zusammenhänge nicht so sehr hinsichtlich der alten strukturellen Krisentendenzen und ihrer Ergebnisse betrachtet werden, sondern als die alltäglichen Dimensionen der Funktionsweise des heutigen Kapitalismus und tatsächlich – wie wir bereits festgestellt haben – sogar seines Erfolgs.

Die Aufgabe, die sich den kapitalistischen Staaten stellt, ist nicht, episodische Krisen zu verhindern – denn deren Auftreten wird nicht zu vermeiden sein –, sondern diese episodischen Krisen einzudämmen. Bis zum heutigen Tage hat der amerikanische imperiale Staat eine beeindruckende Fähigkeit demonstriert, Dauer, Tiefe und Ansteckungsgefahr dieser Krisen zu begren-

¹⁰³ Nicos Poulantzas (1974): *Classes, a.a.O.*, S. 86f. (Deutsch: Nicos Poulantzas [1975]: *Klassen im Kapitalismus, a.a.O.*, S. 78).

zen; und bis jetzt besteht noch keine begründete Aussicht, dass selbst so etwas wie der momentane Druck auf den Wert des Dollars sich als unkontrollierbar erweisen könnte. Diese Tatsachen verbergen sich hinter dem Selbstbewusstsein Andrew Crocketts, dem Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und Vorsitzenden des (aus Zentralbankern, Offiziellen des Finanzministeriums und Marktregulierern der G7-Staaten zusammengesetzten) *Financial Stability Forum*, der davon überzeugt ist, dass »sie über das Kontaktnetzwerk [und] die Notfallpläne [verfügen], um mit Erschütterungen des Marktes fertig zu werden«. ¹⁰⁴ Natürlich garantiert ein solches Selbstbewusstsein nicht an sich, dass das US-Finanzministerium und die amerikanische Notenbank, die während des Irakkriegs mit ihren jeweiligen Gegenstücken in den anderen kapitalistischen Kernländern (trotz aller Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen dieser Länder bezüglich dieses Krieges) genauso gut kooperierten, wie sie es unmittelbar nach der Erschütterung der *Wall Street* durch die terroristischen Angriffe des 11. September getan hatten, ¹⁰⁵ bis in alle Ewigkeit über die Fähigkeit verfügen werden, mit allen Ausnahmeständen klarzukommen. Wir neigen aber zu der Einschätzung, dass die zukünftige Entwicklung solcher Fähigkeiten nicht allein aufgrund irgendwelcher inhärenten *ökonomischen* Widersprüche ausgeschlossen werden kann.

Die Krise, die ein heute unverhülltes amerikanisches Imperium hervorgerufen hat, ist infolgedessen nicht in einer Überakkumulation zu suchen, die zu einer irgendwie gearteten zwischenimperialistischen Konkurrenz zurückführt, sondern in den Grenzen, die ein auf der Herrschaft mit und durch andere Staaten

¹⁰⁴ *Financial Times*, 26. März 2003.

¹⁰⁵ Unsere Interviews bei der Bundesbank und dem britischen Finanzministerium vom Oktober 2002 bestätigen dies. Es sieht häufig tatsächlich so aus, dass es stärkere transatlantische Kontakte zwischen diesen Bürokraten und ihren amerikanischen Gegenstücken gibt, als zwischen den vielen Abteilungen innerhalb dieser Institutionen.

gegründetes informelles Imperium für eine Strategie eines koordinierten ökonomischen Wachstums aufstellt, selbst dort, wo diese Koordination sich lediglich auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder bezieht. In diesen liberaldemokratischen Staaten hat die Stärke der innenpolitischen sozialen Kräfte – trotz (und bisweilen gerade aufgrund) der Internationalisierung des nationalen Kapitals und der Nationalstaaten – eine Eins-zu-eins-Übertragung des Neoliberalismus eingeschränkt. Das lässt sich zum Beispiel anhand der Schwierigkeiten des deutschen Staates bei der Einführung eines flexiblen Arbeitsmarktes beobachten oder anhand der Trägheit des japanischen Staates bei der Umstrukturierung seines Bankensystems. Diese Übertragungsschwierigkeiten haben die – der früheren Umstrukturierung des amerikanischen Staates entsprechenden – »Reformen« vereitelt, die das Kapital als notwendig erachtet, um in diesen Ländern wieder ein ökonomisches Wachstum anzuregen, das es ihnen erlauben würde, die Last der Absorption globaler Importe (mit den Vereinigten Staaten) zu teilen und den auf dem amerikanischen Handelsdefizit lastenden Druck abzumildern. Trotz der Energie, die die Kapitalisten in jedem Land darauf verwendet haben, diese »Reformen« durchzusetzen, ist es darüber hinaus keineswegs offensichtlich, dass diese »Reformen« sich als die *magic bullets* erweisen würden, die aus sich selbst heraus ein erneuertes Wachstum schaffen können. Außerdem könnte ihre völlige Implementierung in jedem Fall weitaus intensivere Klassenkämpfe von unten hervorrufen (als wir sie heute vorfinden). Allerdings muss gesagt werden, dass diese Klassenauseinandersetzungen etwas hervorbringen müssten, das sich einer fundamentalen Transformation der Klassen- und Staatsstrukturen annähert, wenn es zu einer neuartigen Alternative zum Neoliberalismus und dem Kappen der Verbindungen zum amerikanischen Imperium kommen soll.

Unverhülltes Imperium: »das ehrfurchtgebietende Etwas, zu dem Amerika sich entwickelt«

In dem Maße, wie eine Krise des und im Imperialismus vorhanden ist, betrachtet man sie am besten so, wie Poulantzas die frühere Krise in den 1970er Jahren betrachtete:

»[W]as sich gegenwärtig in der Krise befindet, ist nicht unmittelbar die amerikanische Hegemonie angesichts der steigenden ›ökonomischen Stärke‹ der anderen Metropolen, einem Ansteigen, das sie [einigen Leute zufolge, *SG/LP*] automatisch zu ›gleichwertigen Gegenimperialismen‹ erhebt (...), *sondern der Imperialismus als Ganzer unter dem Einfluß der weltweiten Klassenkämpfe, die nun auch die Zone der Metropolen erreicht haben.* (...) Anders formuliert: nicht die Hegemonie des amerikanischen Imperialismus über die anderen Metropolen steckt in der Krise, sondern der Imperialismus unter dessen Hegemonie in toto.«¹⁰⁶

Die Vorstellung von »weltweiten Klassenkämpfen« ist zugegebenermaßen zu ungenau und in einem weiteren Sinne, angesichts der diversen sozialen Kräfte, die heute am Werke sind, zu eingeschränkt, um genau in den Blick zu bekommen, wie die Widersprüche zwischen der Dritten Welt und dem amerikanischen Imperium sich gegenwärtig manifestieren. Gleichwohl trifft es zu, dass das größte Problem für den »Imperialismus als Ganzem« in dem Verhältnis zu den Staaten außerhalb des kapitalistischen Zentrums liegt. Dort, wo diese Staaten verhältnismäßig unterentwickelt sind und sich dennoch zunehmend im Einfluss-

¹⁰⁶ Nicos Poulantzas (1974): *Classes*, a.a.O., S. 87. Deutsch: Nicos Poulantzas (1975): *Klassen im Kapitalismus*, a.a.O., S. 78.

bereich des globalen Kapitals wiederfinden (das gilt vor allem für weite Teile der Dritten Welt und die ehemaligen Ostblockstaaten), haben die internationalen Finanzinstitutionen zusammen mit den (entweder konzertiert oder auf eigene Faust arbeitenden) zentralen kapitalistischen Staaten interveniert, um ihnen die »ökonomisch vernünftigen« neoliberalen Struktur-»Reformen« zu oktroyieren. Im Kontext der Liberalisierung der Finanzmärkte hat dies einen stetigen Fluss ökonomischer Krisen hervorgebracht. Manche von ihnen mag man als einen funktional notwendigen Teil des Erfolgs des Neoliberalismus verstehen (wie das zum Beispiel von Südkorea nach der Asienkrise 1997/98 behauptet werden kann), aber allzu oft haben diese Interventionen mit ihren abstrakt-allgemeinen Lösungsansätzen eher dazu beigetragen, das Problem zu verschärfen, als es zu lösen. Der Neoliberalismus mag darin erfolgreich sein, bereits entwickelte kapitalistische Staaten zu stärken; für kapitalistische Entwicklung an sich erscheint er mehr und mehr als Fehlstrategie. Bezogen auf die »Schurkenstaaten«, also die Länder, die sich nicht im Einflussbereich des weltweiten Kapitalismus befinden, sodass weder äußere ökonomische Kräfte noch internationale Institutionen in der Lage sind, sie umzustrukturieren, erliegen die USA zunehmend den Verlockungen einer Strategie der unilateralen (Militär-)Intervention. Aus diesem Grund ist der Begriff des Empire – mit seinen zahlreichen schwer greifbaren Verästelungen – wieder in den Mainstreamdiskurs zurückgekehrt.

In diesem Zusammenhang hat der Zusammenbruch der kommunistischen Welt, die sich in der Nachkriegsära überwiegend außerhalb der Einflussphäre des amerikanischen Imperiums und des weltweiten Kapitalismus befunden hatte, besondere Bedeutung erlangt. Auf der einen Seite ist die – vom globalen Kapital und den Institutionen des informellen amerikanischen Imperiums (wie z.B. der NATO) geleistete – rapide Durchdringung und Integration von solch großen Teilen des ehemaligen Sowjetblocks und die Öffnung Chinas, Vietnams und sogar Kubas für ausländisches Kapital und ihre Integration in Weltmärkte

erstaunlich. Sie hat auch die Gefahr beseitigt, dass direkte US-Interventionen in außerhalb der amerikanischen Hemisphäre liegende Staaten zum Dritten Weltkrieg und einem nuklearen Armageddon¹⁰⁷ führen würden. Die Tatsache, dass sogar liberale Menschenrechtsaktivisten und ihre Institutionen die USA in den 1990er Jahren wiederholt dazu aufriefen, als eine internationale Polizeimacht zu fungieren, reflektiert diese neue Konstellation. Auf der anderen Seite führten aber sowohl die Arroganz der Macht als auch die merkliche Belastung, die mit der mittlerweile evidenten Einzigartigkeit der Macht des amerikanischen Staates einherging, dazu, dass der amerikanische Staat sich die Frage zu stellen begann, ob nicht sogar die begrenzten Kompromisse, die er im Zuge der Operation mit multilateralen Institutionen machen musste, seine strategischen Optionen unnötig einschränkten, insbesondere in Bezug auf die »Schurkenstaaten« außerhalb des Einflussbereichs des informellen Imperiums.

Diese Überlegungen hatten zunehmend mit der »Einsamkeit der Macht« zu tun. Die gefühlte Last letztendlicher Verantwortlichkeit (und die seit dem 11. September weit stärkere Sensibilität für die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten als einem Ziel terroristischer Angriffe im In- und Ausland) gaben dem Wunsch Auftrieb, sich eine vollständige »Souveränität« zu bewahren, so zu handeln, wie es notwendig erschien. Dies liegt dem zunehmend unverhüllten Wesen des amerikanischen Imperialismus zugrunde. Das Problem, mit dem sich die Vereinigten Staaten nun konfrontiert sehen, »ihre partikulare Macht mit der allgemeinen Aufgabe der Koordination zu vereinen« (um Andersons treffende Formulierung ins Gedächtnis zu rufen), kann in all seiner Deutlichkeit nicht nur im Verhältnis zu den bereits angesprochenen ökonomischen Widersprüchen des Neoliberalismus beobachtet werden, sondern auch in den wachsenden Widersprü-

¹⁰⁷ In dem gleichnamigen Hollywoodfilm rast der Meteorit Armageddon auf die Erde zu und wird von NASA-Beauftragten gesprengt, wodurch der drohende Weltuntergang verhindert werden kann. (Anm. d. Red.).

chen zwischen der Natur und dem Kapitalismus. Dies zeigt sich – um nur zwei Beispiele zu nennen – nicht nur bei den ernststen Problemen, die aus der Kohlendioxidemission resultieren und denen das Kyotoabkommen entgegenwirken will, sondern auch bei dem vom so genannten *Cheney-Report* angesprochenen Problem der weltweiten Ölreserven, das von Michael Klare untersucht wird.¹⁰⁸

Diese Problematiken haben sich noch weiter vervielfacht durch die Rolle, die der US-amerikanische imperiale Staat heute bei der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung weltweit spielt, wobei man häufig von ihm erwartet, dass er diese Rolle ausfüllt. Aus dem Blickwinkel der Schaffung einer »globalen Umgebung, in der das amerikanische System überleben und florieren kann«, nahm die im Dokument NSC-68 des Nationalen Sicherheitsrates (*National Security Council*) aus dem Jahre 1950 formulierte Einsicht, dass »selbst wenn es die Sowjetunion nicht gäbe, wir es heute mit dem großen Problem zu tun hätten (...), [dass] die Abwesenheit einer Ordnung zwischen den Nationen zunehmend intolerabel wird«, vorweg, was denen, die dieses Imperium heute führen, schließlich vollständig klar geworden ist. George W. Bushs Dokument zur nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 (eine Ansammlung von schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten aufgetauchten Überlegungen)¹⁰⁹ hatte einen erlesenen Stammbaum.

Ebenso wie der Neoliberalismus keineswegs für einen schlankeren oder geschwächten Staat steht, sondern für einen Staat, in dem die Repressionsapparate Konjunktur haben (während die Sozialstaatsinstitutionen sich leeren, platzen die Gefängnisse aus allen Nähten), hat der Neoliberalismus auch zur Ausweitung des

¹⁰⁸ Michael T. Klare (2003): *Blood for Oil. The Bush-Cheney Energy Strategy*. In: Colin Leys/Leo Panitch (Hrsg.) (2003): *The New Imperial Challenge. The Socialist Register 2004*. London: Merlin Press, S. 166-185.

¹⁰⁹ Vgl. Peter Gowan (2003): *The American Campaign for Global Sovereignty*. In: *The Socialist Register 2003*. London: Merlin Press, S. 8-10.

Militärapparates geführt, die der imperiale Staat benötigt, um die neoliberale Ordnung auf der Welt aufrecht zu erhalten. Die Transformation des amerikanischen Militär- und Sicherheitsapparates in den 1990er Jahren in eine Richtung, die eine solche Politik erleichtern sollte,¹¹⁰ kann nur aus diesem Blickwinkel verstanden werden (der US-amerikanische Unilateralismus beim internationalen Gebrauch dieses Apparates kann kaum überraschen, wenn wir berücksichtigen, dass selbst innerhalb liberaldemokratischer Staaten die nationalen Zwangsapparate vor Infragestellungen durch die Legislative und vor der Notwendigkeit der Aushandlung ihrer Maßnahmen mit nicht-repressiven Staatsapparaten geschützt sind).

In den Antworten, die Bush I und die Clinton-Administration den »Schurkenstaaten« erteilten, war all dies schon klar ersichtlich. Die Vereinigten Staaten taten viel, um ein UN-Mandat für den Golfkrieg von 1990/91 zu bekommen, und die Vereinten Nationen überwachten das langjährige Sanktionsregime gegen den Irak, auf dem der amerikanische Staat während der ganzen 1990er Jahre bestand. Andere Regierungen spürten allerdings bereits einen wachsenden Unilateralismus auf Seiten der Vereinigten Staaten. Diese Tendenz ließ sie zunehmend nervös werden, sei es auch nur hinsichtlich des Legitimitätserhalts ihrer eigenen Staaten. Der Golfkrieg hatte gezeigt, dass es möglich war, sich die Vereinten Nationen »als einen offiziellen Persilschein für eine von den Vereinten Staaten gewünschte Politik, zu deren Unterstützung sie alle anderen Länder entweder überreden oder zwingen«, dienstbar zu machen, wie der kanadische UN-Botschafter es seinerzeit formulierte. Wie auf diese Weise »mit den Bestimmungen der UNO-Charta Schindluder getrieben wurde«, entnervte »eine Vielzahl der Entwicklungsländer,

¹¹⁰ Siehe dazu Paul Rogers (2003): *The US Military Posture*. »A Uniquely Benign Imperialism«? In: Colin Leys/Leo Panitch (Hrsg.) (2003): *The New Imperial Challenge*. *The Socialist Register 2004*. London: Merlin Press, S. 146-165.

die sich im Stillen über diese Vorgänge empörten, aber sich ausgesprochen machtlos fühlten, etwas zu tun. [Dies war, *Anm. d. Übers.*] eine Demonstration dafür, welches enorme Ausmaß Stärke und Einfluss der Vereinigten Staaten annehmen konnten, wenn sie einmal von der Kette gelassen waren.«¹¹¹

Trotzdem wurden die amerikanischen Strategen zur gleichen Zeit darauf aufmerksam, wie wenig man sich auf die UN verlassen konnte, wenn einem die Durchsetzung seiner eigenen Vorstellungen so viele Anstrengungen abforderte. Nachgerade ihre wesenhafte Struktur als ein von allen Staaten der Welt zusammengesetzter quasi-parlamentarischer und diplomatischer Korpus erschwerte es, die Vereinten Nationen ebenso leicht umzustrukturieren, wie man das mit den *Bretton-Woods*-Institutionen nach der Krise der 1970er Jahre hatte tun können. In dem wiederholten Gebrauch des amerikanischen Vetorechts im UN-Sicherheitsrat zeigte sich, dass dies für die Amerikaner ein konstantes Ärgernis darstellte. Tatsächlich konnte man sich beim Krieg Amerikas gegen das ehemalige Jugoslawien um das Kosovogebiet – der im Übrigen den angenehmen Nebeneffekt hatte, dass man den Europäern aufzeigte, wer von nun an in ihrem Hinterhof die internationale Polizeimacht ausüben würde – weitaus besser auf die NATO als auf die UNO verlassen. Aber selbst in Bezug auf die transatlantische Organisation konnten wir beobachten, wie man sich innerhalb des amerikanischen Staates selber über die hiermit einhergehende Mühe, wirklich alle NATO-Mitgliedstaaten auf der eigenen Seite zu behalten, ärgerte.

Bushs isolationistische Rhetorik in der Wahlkampagne des Jahres 2000, in der er die Notwendigkeit der Entsendung amerikanischer Truppen in weit entfernte Regionen der Welt in Frage stellte, musste notwendigerweise reformuliert werden, als Bush

¹¹¹ »*The United Nations after the Gulf War. A Promise Betrayed.*« Ein von Jim Wurst geführtes Interview mit Stephen Lewis. In: *World Policy Journal*, Summer 1991, S. 539-549.

schließlich Präsident wurde. Das Präsidentenamt ist mittlerweile unausweichlich imperial, selbst wenn es seinem Wesen nach eigentlich national sein sollte. Für einen solchen rhetorischen Kurswechsel stand die – von den der Republikanischen Partei nahestehenden geopolitischen Strategen favorisierte – explizit imperiale Staatspolitik schon bereit. Den Aufstieg dieser Geostrategen im US-Staatsapparat hat nicht erst der 11. September ermöglicht, aber er hat ihren Status mit Sicherheit ausgeweitet. Diese Entwicklung hat all jene Spannungen im amerikanischen Staat offenbart, die sich daraus ergeben, dass er seine imperiale Funktion eines Hüters der Weltordnung irgendwie mit seiner zum Partikularismus drängenden militärischen Übermacht zusammenbringen muss. Die Aufgabe, die Sicherheitsinteressen des globalen Kapitalismus mit den Interessen der amerikanischen Gesellschaft und des amerikanischen Staates zu vereinbaren, wird dann besonders schwierig, wenn sich herausstellt, dass die gegebenen spezifischen Sicherheitsinteressen primär amerikanische Interessen sind. Das führt schließlich dazu, dass die Vereinigten Staaten die (terroristische) Bedrohung als einen Angriff auf den globalen Kapitalismus im Allgemeinen begreifen, während der amerikanische Staat zunehmend ungeduldig wird, wenn es darum geht, Kompromisse zu schließen, die seiner eigenen Definition der globalen Interessen des Kapitalismus und dem ungehinderten Gebrauch seiner eigenen Macht bei der Bekämpfung dieser Bedrohung widersprechen.

Die Verdrängung des US-amerikanischen Finanzministeriums von seinem Thron an der Spitze des US-amerikanischen Staatsapparates ist möglicherweise die wichtigste Veränderung in den administrativen Strukturen des amerikanischen Imperiums, die im Übergang von der Clinton-Administration zur Regierung von Bush jr. stattgefunden hat. Die Schalthebel werden heute von den Armen des amerikanischen Staates bedient, die die Gewaltinstrumente kontrollieren und benutzen. Die Republikanische Partei an sich besteht aus einem Bündnis von Freihändlern, in Gesellschaftsfragen konservativen Menschen und militärpoliti-

schen Falken. Der 11. September hat das Gleichgewicht entscheidend in die Richtung der dritten Fraktion verschoben.¹¹² Aber das unverhüllt imperiale Antlitz, das der amerikanische Staat der Welt mittlerweile zukehrt, steht zuallererst im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten, ein tatsächlich weltweites informelles Imperium zu verwalten. Dies ist ein Problem, dem sich – unabhängig von Regierungswechseln – jede US-amerikanische Regierung zu stellen hat.

Es könnte sich zu einer Herausforderung entwickeln, die jener, mit der sich die formellen Imperien und ihre kolonialen Staatsapparate konfrontiert sahen, in nichts nachsteht. Die immense Schwierigkeit, jenseits des Zentrums der Weltökonomie ein ähnlich dichtes Netzwerk an Verbindungen zu schmieden, wie es dem amerikanischen Staat mit den anderen führenden kapitalistischen Staaten gelungen ist, wird deutlich, wenn man sich nur den zum Stillstand gekommenen Prozess der Ausdehnung der G7- zu den G8-Staaten ansieht (an die G20 ist schon gar nicht mehr zu denken). Der geopolitischen Klasse des amerikanischen Staates zeigt dies die Grenzen des »*effective-states*«-Ansatzes außerhalb des Zentrums, der lediglich auf ökonomischen Verknüpfungen basiert.

Das erklärt nicht nur die verstärkte Ausbreitung US-amerikanischer Militärbasen und die stärkere Vernetzung der Sicherheits- und Polizeiapparate aller Staaten des Empire unmittelbar

¹¹² Der vermehrte Einfluss der militärischen, polizeilichen und Sicherheitsapparate im Kielwasser des 11. September zeigte sich darin, dass der erste Sieg des neuen Krieges im Inland davongetragen wurde, und zwar gegen das US-Finanzministerium, dessen hartnäckiger Widerstand gegen das Einfrieren von Bankkonten, die vermeintlich mit terroristischen Organisationen in Verbindung standen, gebrochen wurde. Hing der Widerstand mit der Furcht vor einer Demonstration der immer noch gegebenen Funktionsfähigkeit von Kapitalkontrollen zusammen, so wusste andererseits der amerikanische Staat über die Mechanismen krimineller Bankkonten natürlich bestens Bescheid – war er doch selbst involviert in deren Einrichtung, die in der Vergangenheit Geldtransfers zu einigen seiner Lieblingsterroristen erleichterte.

nach dem 11. September, sondern fördert auch das Verständnis für die Tatsache, dass die Amerikaner für die Umstrukturierung des Iraks auf das Nachkriegsmodell von Japan und Deutschland zurückgreifen. Die Logik dieser Haltung weist weit über den Irak hinaus. Es geht um alle »von der Globalisierung abgekoppelten« Staaten, wie dies von einem das Verteidigungsministerium beratenden Professor vom *U.S. Naval War College* so unterkühlt formuliert wurde:

»Zeigen Sie mir einen Ort, an dem die Globalisierung eine dichte Netzwerkanbindung, finanzielle Transaktionen, liberale Medienströme und kollektive Sicherheit geschaffen hat, und ich werde Ihnen Regionen mit stabilen Regierungen, steigenden Lebensstandards und einer höheren Selbstmordrate als Mordrate zeigen. Diese Teile der Welt bezeichne ich als den *funktionierenden Kern (functioning core)* (...). Aber zeigen Sie mir Orte, an denen die Globalisierung verschwindend gering oder einfach nicht vorhanden ist, und ich werde Ihnen von politisch repressiven Regimen geplagte Gebiete mit weitverbreiteter Armut und Krankheiten, mit ständigen Massenmorden und – und das ist am wichtigsten – den chronischen Konflikten zeigen, die die nächste Generation weltweit aktiver Terroristen ausbrüten. Diese Teile der Welt nenne ich die *nicht-integrierende Lücke (Non-Integrating Gap)* (...). Der eigentliche Grund meiner Unterstützung eines solchen Krieges ist der, dass die hieraus resultierende langfristige militärische Verwicklung Amerika endlich dazu zwingen wird, sich mit dem gesamten *Gap* als einer strategischen Bedrohungsumgebung auseinander zu setzen.«¹¹³

In diesem so genannten *Gap* aufgelistet sind Haiti, Kolumbien, Brasilien und Argentinien, das ehemalige Jugoslawien, der Kongo und Ruanda-Burundi, Angola, Südafrika, Israel-Palästi-

¹¹³ Thomas P. Barnett (2003): *The Pentagon's New Map. It Explains Why We're Going to War and Why We'll Keep Going to War*. In: *Esquire*, March 2003 (einzusehen auf der Internetadresse des *U.S. Naval War College*: <http://www.nwc.navy.mil/newrules/ThePentagonsNewMap.htm>).

na, Saudi Arabien, der Irak, Somalia, der Iran, Afghanistan, Pakistan, Nordkorea und Indonesien. China, Russland und Indien werden der Vollständigkeit halber auch noch dazu gezählt, und zwar »als sich momentan integrierende Zentrumsmitglieder, die man auf diesem Weg in den nächsten Jahren [allerdings] verlieren [könnte]«. Der Problemkomplex, der sich für das amerikanische Imperium aus seiner strategischen Orientierung ergibt, besteht darin, dass – aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Strukturen und sozialen Kräfteverhältnisse – nur wenige von den nicht zum Zentrum gehörenden Ländern überhaupt entsprechend der Entwicklung Nachkriegsjapans und -deutschlands umstrukturiert werden können, selbst wenn man sie durch US-Militär besetzen lässt (gerade in diesem Fall funktioniert das nicht), und selbst wenn sie von der Globalisierung mehr durchdrungen als marginalisiert werden. Außerdem gefährdet ein sich derartig offen imperialistisch gebärdender amerikanischer Imperialismus die Überzeugungskraft seines nicht imperialistischen Wesens, eben jene Erscheinungsform, die ihm historisch gesehen Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft verschafft hat.

Die offenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und sogar Kanadas auf der einen und der Bush-Administration auf der anderen Seite in der Frage des Irakkrieges müssen aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Diese Spannungen sind nur zu einem geringen Teil auf ökonomische »Konkurrenz« zurückzuführen. Sie hängen vielmehr damit zusammen, dass die »oppositionellen« Staaten statt des Militärs eher die internationalen Finanzinstitutionen, die WTO und die UNO als Mittel zur Umstrukturierung dieser Staaten zu »*effective states*«, die der globale Kapitalismus benötigt, bevorzugen. Diese Haltung hängt natürlich auch mit ihrem relativen Mangel an eigenen autonomen Militärkapazitäten zusammen. Allerdings neigen die Bourgeoisien der anderen kapitalistischen Staaten noch weniger als in den 1970er Jahren dazu, die amerikanische Hegemonie herauszufordern. Tatsächlich waren viele Vertreter von Unternehmen in den anderen Staaten des

Imperiums sichtlich dadurch in Aufruhr versetzt worden, dass ihre eigenen Regierungen sich nicht auf der gleichen Seite wie die Amerikaner befanden, und sie beschwerten sich darüber in zunehmendem Maße. Auf jeden Fall waren die kapitalistischen Klassen aller Nationen – einschließlich der amerikanischen kapitalistischen Klasse¹¹⁴ – nicht in der Lage, eine einheitliche Position für oder gegen den Krieg zu formulieren. Auch in diesem Fall können wir wieder beobachten, dass es sich bei den derzeitigen Entwicklungen nicht um Widersprüche zwischen nationalen Bourgeoisien handelt, sondern um Widersprüche des »Imperialismus als Ganzem«, in die alle Bourgeoisien, die sich unterhalb des amerikanischen Schirmes bewegen, mit hineingezogen werden.

Diesen Widersprüchen immanent ist insbesondere die Gefährdung der Legitimität der anderen kapitalistischen Staaten, die sich innerhalb des Rahmenwerks eines dermaßen unverhüllten amerikanischen Imperialismus bewegen. Das amerikanische Imperium war bezüglich dieser Staaten und ihrer kapitalistischen Klassen zweifelsohne stets hegemonial, allerdings erforderte es – neben der ökonomischen und kulturellen Durchdringung der jeweiligen Gesellschaften – niemals zuvor die unmittelbare »uneingeschränkte Solidarität« der jeweiligen Volksmassen mit und ihre Loyalität zum amerikanischen Staat selber. Tatsächlich hatte die amerikanische Herrschaftspraxis, die sich auf das Verfassungsprinzip des »extensive empire and self-government« stützt, solches bisher nie verlangt. Das ökonomische und kulturelle Nacheifern des *American Way of Life* durch eine solche Vielzahl ganz normaler Menschen weltweit mag man wohl treffend als Hegemonie im Gramscianischen Sinne verstehen. Aber wie eng auch immer die Beziehung zwischen dem amerikanischen Staat und seinen kapitalistischen Klassen und ihren Gegenstücken im

¹¹⁴ In Amerika zeigten sich führende Figuren des Finanzkapitals – wie Robin und Volcker – sowohl über die Kriegs- als auch die Wirtschaftspolitik der Bush-Administration offen bestürzt.

informellen Imperium sich gestalten mögen, so hat dies nicht die Gestalt eines tiefsitzenden Patriotismus zugunsten des amerikanischen Staates in den Bevölkerungen der anderen Staaten angenommen. Genauso wenig hat der amerikanische Staat jemals die Verantwortung für die Inkorporierung der Bedürfnisse der subalternen Klassen der anderen Staaten in seine eigene Konstruktion der informellen imperialen Herrschaft, im Sinne des gramscianischen Hegemonieverständnisses, übernommen. Die aktive Zustimmung dieser subalternen Klassen zu der informellen imperialen Herrschaft der USA wurde stets vermittelt über die Legitimität, die jeder einzelne Staat im Rahmen jedes spezifischen Projekts des amerikanischen Staates bewahren und aufbieten konnte. Dies gestaltete sich häufig als ein äußerst schwieriges Unterfangen, angesichts amerikanischer Militärinterventionen rund um den Globus in den letzten 50 Jahren. Eine beachtliche Anzahl von Staaten distanzierte sich in der Folge von diesen ab 1945 ständig stattfindenden offenen militärischen US-Interventionen in Lateinamerika und der Karibik (insbesondere nach 1975) sowie von den systematischen Umsturzaktionen der USA gegen andere Regierungen und vom Vietnamkrieg.

In diesem Sinne ist die mangelnde Popularität der amerikanischen Militärinterventionen – und die Missbilligung durch andere fortgeschrittene kapitalistische Länder – keineswegs neu. Allerdings wird diese Dimension der imperialen Weltordnung sich als eine besonders ausschlaggebende Konsequenz in der momentanen politischen und ökonomischen Konfiguration erweisen. Der Angriffskrieg des amerikanischen Staates gegen den Irak, der so eklatant imperialistisch und so offensichtlich an eine Doktrin des weitgehenden Ziels, die neoliberale kapitalistische Ordnung weltweit abzusichern, gekoppelt ist, hat einen unerwarteten und sich auf die kapitalistischen Staaten des Zentrums ausweitenden Widerstand heraufbeschworen. Trotzdem verbinden sogar in Frankreich und Deutschland, den Staaten mit dem größten Widerstand, immer noch weitaus mehr Leute das »amerikanische Problem« eher mit Bush als mit den »USA im Allge-

meinen«. ¹¹⁵ Dieser Umstand legt die Vermutung nahe, dass die Möglichkeit eines »wohlwollenden Imperiums« auch in den anderen fortgeschritten kapitalistischen Ländern immer noch eine beträchtliche Glaubwürdigkeit besitzt. Aber angesichts der Tatsache, dass die Zustände, die zu amerikanischen Militärinterventionen führen, die Macht jeder gegebenen Regierung übersteigen, und angesichts der Tatsache, dass ein »wohlwollendes Imperium« in der heutigen Welt sich als kaum mehr als eine Illusion herausstellen kann, dürfte es sich bei dieser Glaubwürdigkeit um eine Pfandmarke handeln, die sich möglicherweise als weniger stabil als der Dollar erweist. Zweifellos: Da das amerikanische Imperium seine Macht nur vermittels anderer Staaten ausüben kann, besteht seine größte Gefährdung darin, dass die Staaten in seinem Einflussbereich gerade durch ihre Unterstützung des Imperiums ihre Legitimität einbüßen könnten. Ganz bestimmt wird nur eine fundamentale Veränderung im sozialen Kräfteverhältnis innerhalb dieser Staaten und die Transformation des Wesens und der Rolle dieser Staaten eine Loslösung vom Imperium ermöglichen, aber es ist durchaus denkbar, dass wir

¹¹⁵ Vgl. den Bericht: »*Pew Global Attitudes Survey*«. In: *Financial Times*, 4. Juni 2003. Dort ist belegt, dass in Frankreich und Deutschland, wo heute lediglich 43 bzw. 45% der Bevölkerung ein »gutes Bild von den USA« (»*favorable image of the US*«) haben, jeweils 74% der Befragten das »Problem mit den USA« »vor allem mit Bush« (»*Mostly Bush*«) in Verbindung setzen. Nur 25% der Befragten antworteten mit »die USA im Allgemeinen« (»*the US in general*«) bzw. »Beides«. Interessanterweise besteht in denjenigen fortgeschrittenen Ländern mit einem positiveren US-Image (Kanada 63%, Großbritannien 70%) nichtsdestotrotz ein höherer Prozentsatz von Menschen, die das »Problem mit den USA« mit den »USA im Allgemeinen« oder »Beidem« (32% zu 60% »*Mostly Bush*«) in Verbindung brachten, als in Frankreich oder Deutschland. Bezüglich Ländern wie Indonesien oder der Türkei, in denen heute »ein gutes Bild von den USA« von 75% bzw. 53% auf nur 15% in beiden Ländern gefallen ist, lohnt es sich zu erwähnen, dass, während 45% der türkischen Bevölkerung das Problem mit den »USA im Allgemeinen« oder »Beidem« in Beziehung setzen, in Indonesien nur 27% eine solche Aussage machten (hier verorteten 69% der Bevölkerung das Problem in der Antwort »*Mostly Bush*«).

momentan Zeugen einer Öffnung der ideologischen Sphäre für eine Mobilisierung von unten sind, die als eine Allianz der Anliegen von Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegung schließlich zu dem beschriebenen Szenario führen könnte.

Die einen werden durch diese Befürchtungen zu der Bitte motiviert, das Imperium solle sich doch milder gerieren und sich – zumindest symbolisch – stärker multilateral präsentieren; auf der anderen Seite sehen sich dadurch jene bestätigt, die die Symbole des Terrorismus und des Krieges dafür benutzen, den Raum für öffentliche Kritik innerhalb der einzelnen Staaten einzuschränken. Dies trifft insbesondere für den amerikanischen Staat selbst zu. Die alte Frage, die manche während des Gründungsprozesses des amerikanischen Staates stellten (und die in den vergangenen zwei Jahrhunderten von den nationalen Gegnern des amerikanischen Imperialismus stets neu gestellt wurde), nämlich, ob ein ausgeweitetes Imperium mit den Freiheitsidealen der Republik vereinbar sei, steht wieder auf der Tagesordnung. Die Notwendigkeit, eine militärische Intervention im Ausland durch die Mobilisierung von Unterstützung und die Begrenzung von Opposition vermittels der Verbreitung von Angst und blanker Unterdrückung im Inland aufrecht zu erhalten, erhöht die Aussicht auf einen (im Zuge der Steigerung der bloßen Aggression nach außen) im Innern stetig autoritärer werdenden amerikanischen Staat. Die Unattraktivität eines nunmehr in seinem Zwangscharakter im Inland wie im Ausland nicht mehr verhüllten Imperiums legt nahe, dass anti-imperialistische Kämpfe an zunehmender Anziehungskraft für die Massen und damit an Stärke gewinnen werden, und dies in den reichen kapitalistischen Staaten im Herzen des Imperiums ebenso wie in den armen Staaten an seinen äußersten Enden.

Wir danken Greg Albo, Cenk Aygul, Patrick Bond, Dan Crow, Robert Cox, Bill Fletcher, Stephen Gill, Gerard Grennfield, Khashayar Khooshiyar, Martijn Konings, Colin Leys, Eric Newstadt, Chris Roberts, Donald Swartz und Alan Zuege für ihre Kommentare zu Auszügen aus diesem Text. Eine ganze Reihe ihrer Anmerkungen sind hier mit eingeflossen. Andere Anregungen werden wir erst als Teile unseres größeren Buchprojekts zu diesem Thema berücksichtigen können.

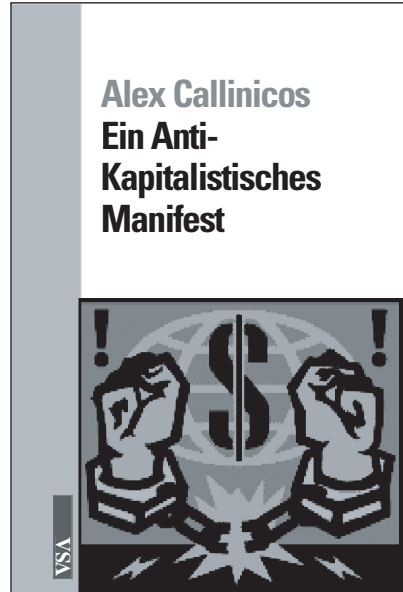
VSA: Internationalismus



AttacBasisTexte 11
96 Seiten; € 6.50
ISBN 3-89965-071-9

Eine kritische Einführung in die Geschichte und Funktionsweise der Europäischen Union, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Beziehung zu den USA und die Osterweiterung.

A. Biesecker/M. Büscher/T. Sauer/
E. Stratmann-Mertens (Hrsg.)
Alternative Weltwirtschaftsordnung
Perspektiven nach Cancún
176 Seiten; € 14.80
ISBN 3-89965-063-8



Aus dem Englischen von David Paenson
Mit einem Vorwort von Oliver Nachtwey
160 Seiten; EUR 14.80
ISBN 3-89965-066-2

Stephan Albrecht/Werner Goldschmidt/
Gerhard Stuby (Hrsg.)
**Die Welt zwischen
Recht und Gewalt**
Internationale Sozialordnung,
Völkerrecht und Demokratie
300 Seiten; € 20.40
ISBN 3-89965-040-9

Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/
Frank Deppe (Hrsg.)
**»Euro-Kapitalismus« und globale
politische Ökonomie**
240 Seiten; € 16.50
ISBN 3-89965-048-4

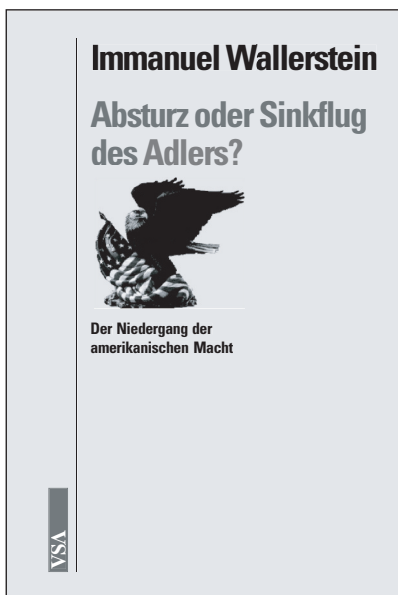
www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de

VSA

VSA: Amerikanisches Imperium



288 Seiten; € 24.80

ISBN 3-89965-057-3

Finden die USA den Weg in einen würdigen Abstieg – zugunsten globaler Schadensbegrenzung und eines stabileren Weltsystems der Zukunft?

Robert Brenner

Boom & Bubble

Die USA in der Weltwirtschaft

Aus dem Amerikanischen von F.O. Wolf

350 Seiten; € 24.80

ISBN 3-87975-886-7

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

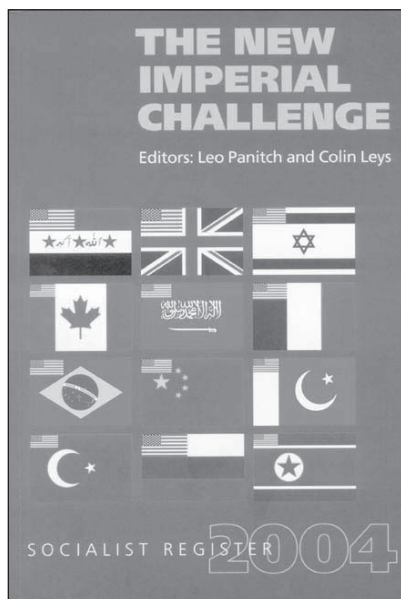
St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 05 05 67

Fax 040/28 05 05 68

mail: info@vsa-verlag.de



308 Seiten; € 22.80

ISBN 3-89965-990-2

Der Jahresband der internationalen unabhängigen Linken.

Samir Amin

Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert

Der in die Jahre gekommene Kapitalismus

184 Seiten; € 14.80

ISBN 3-89965-022-0

Mohssen Massarrat

Amerikas Weltordnung

Hegemonie und Kriege um Öl

184 Seiten; € 14.80

ISBN 3-89965-012-3

www.vsa-verlag.de

VSA